

**WIFO**

A-1103 WIEN, POSTFACH 91  
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Strukturreformen in Österreich  
aus der Sicht der Lissabon-Agenda**

**Heinz Handler, Michael Böheim, Martin Falk,  
Ewald Walterskirchen**

**November 2004**

# **Strukturreformen in Österreich aus der Sicht der Lissabon-Agenda**

**Heinz Handler, Michael Böheim, Martin Falk,  
Ewald Walterskirchen**

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung  
im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

Begutachtung: Karl Aiginger

Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauninger, Sonja Patsios,  
Waltraud Popp

November 2004

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>1. Entwicklung von Produktivität und Wirtschaftswachstum in Österreich seit Formulierung der "Lissabon-Strategie"</b>	<b>3</b>
<b>2. Wettbewerb auf den Produktmärkten</b>	<b>13</b>
2.1 <i>Marktkonzentration in Österreich höher als im OECD-Durchschnitt</i>	13
2.2 <i>Energiemärkte: Steigende Marktkonzentration, Wettbewerbsdefizite im Haushaltsbereich</i>	16
2.3 <i>Telekommunikationsmärkte: Spürbare Preissenkungen erreicht</i>	21
2.4 <i>Freie Berufe: Hoher Regulierungsgrad in Österreich</i>	23
2.5 <i>Folgerungen</i>	24
<b>3. Fortschritte bei den Strukturindikatoren</b>	<b>27</b>
3.1 <i>Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund</i>	27
3.2 <i>Arbeitsmarkt</i>	36
3.3 <i>Bildung und Forschung</i>	38
3.4 <i>Wirtschaftsreformen</i>	39
3.5 <i>Sozialer Zusammenhalt</i>	40
3.6 <i>Umwelt</i>	41
<b>4. Zusammenfassung</b>	<b>43</b>
<b>5. Literaturhinweise</b>	<b>47</b>



## Einleitung

Die vorliegende Studie analysiert das Wirtschaftswachstum sowie die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der Wettbewerbsintensität in Österreich seit Ende der 90er Jahre. Anhand der wichtigsten Eurostat-Strukturindikatoren, die den Umsetzungsprozess der Lissabon-Agenda begleiten, wird die österreichische Position im europäischen Vergleich dargestellt und beurteilt, wie sich die Strukturreformen auf den Güter- und Kapitalmärkten in der Entwicklung der letzten Jahre niedergeschlagen haben.

Auf EU-Ebene wurde 1998 unter britischer Ratspräsidentschaft der Cardiff-Prozess ins Leben gerufen, um die nationalen Strukturreformen auf den Güter- und Kapitalmärkten zu koordinieren. Dieser Prozess ist mittlerweile in die **Lissabon-Strategie** der EU eingeflossen, deren Hauptziel die Überwindung des viel diskutierten Wachstumsrückstandes der EU gegenüber den USA ist. Ein Teil des Rückstandes ging Hand in Hand mit einem niedrigeren Beschäftigungswachstum in Europa, seit Mitte der 1990er Jahre bleibt auch das Produktivitätswachstum im Durchschnitt der EU-Staaten hinter jenem der USA zurück. Abhilfe suchte die EU in einer breiten Palette von Strukturreformen, die auf einer soliden Basis an makroökonomischer Stabilität, Nachhaltigkeit des Wirtschaftens und sozialem Zusammenhalt aufbauen sollten. Dabei hatten es Länder, die noch weit vom Stabilitätsziel entfernt waren, schwerer als die stabileren Länder, schon frühzeitig Erfolge aus den Strukturreformen lukrieren zu können.

Die vorliegende Arbeit stellt Österreich in den Rahmen der Lissabon-Agenda und der zu ihrer Umsetzung beitragenden Empfehlungen, insbesondere also der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und des Jahresberichts des Wirtschaftspolitischen Ausschusses (WPA) der EU zum Cardiff-Prozess. Die im letzten Jahresbericht (*Economic Policy Committee, 2004*) herausgestrichenen Umsetzungsdefizite des Cardiff-Prozesses decken sich mit den auch in Österreich feststellbaren **strukturpolitischen Problemfeldern**, die in folgenden allgemeinen WPA-Empfehlungen mündeten: (i) stärkere Wachstumsorientierung aller Politikfelder, um Produktivität und Beschäftigung gleichzeitig zu verbessern; (ii) weitere Erhöhung der Flexibilität auf den Arbeitsmärkten, um die Beschäftigungschancen vor allem für ältere Arbeitnehmer und sozial benachteiligte Gruppen zu verbessern; (iii) weiterer Abbau von Markthemmnissen auf den Güter- und Finanzmärkten, um den Umsetzungsstand der Binnenmarktregeln anzuheben, sowie Abbau übermäßiger Regulierung; (iv) Verstärkung der Anstrengungen im Forschungs- und Bildungsbereich; (v) Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für KMU; (vi) Sicherstellung einer nachhaltigen fiskalischen Stabilität und Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen.

**Österreich** musste zwar einige Anstrengungen unternehmen, um die fiskalischen Eintrittskriterien in die WWU zu erfüllen, doch sind dadurch die notwendigen Strukturreformen nicht erschwert worden. Die ungefährdete makroökonomische Stabilität trägt vielmehr dazu

bei, die mit den Strukturreformen verbundenen Anpassungskosten zu mildern und die Anpassungsfristen zu verkürzen. Der Cardiff-Prozess hat in der EU wie in Österreich das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Strukturreformen geschärft. Strukturreformen tragen zur schrittweisen Verwirklichung des EU-Binnenmarktes ebenso bei wie zum Abbau von Wettbewerbshemmnissen auf nationaler Ebene. Manche der Maßnahmen – etwa die Modernisierung der Wettbewerbs- und Vergabekontrollsysteme – bedurften in Österreich jahrelanger Vorbereitungen, um letztlich die erforderliche parlamentarische Mehrheit sicherzustellen. Die erwarteten Erfolge aus den Reformen haben sich wenigstens teilweise eingestellt (z. B. in Preissenkungen im Telekommunikationssektor), und Österreich befindet sich heute bei einigen Strukturindikatoren nahe dem oder am positiven Ende der Skala für alle EU-Mitgliedstaaten.

Die angeschnittenen Fragestellungen werden in der **vorliegenden Arbeit** in drei Teilen abgehandelt. Im *ersten Teil* wird die Entwicklung von Produktivität und Wirtschaftswachstum in Österreich in der "Lissabon-Phase" analysiert. Als Basisperiode dient das Jahr 1999, seit 2000 wird die Lissabon-Strategie schrittweise umgesetzt. Ergänzend werden die Ergebnisse einer Simulation präsentiert, die den Beitrag des Regulierungsabbaus, der Diffusion neuer Technologien sowie von Investitionen in Bildung und Forschung zum Wirtschaftswachstum abschätzt. Der *zweite Teil* behandelt die augenfälligsten Auswirkungen von Strukturreformen auf den Produktmärkten in Österreich auf die Wettbewerbsintensität und erörtert Problembereiche, in denen weitere Reformen die noch bestehenden Wettbewerbshemmnisse verringern könnten. OECD-Daten zeigen, dass sich Österreich auch nach einer Vielzahl von Reformschritten nur im Mittelfeld der OECD-Länder und bei der Marktkonzentration immer noch über dem OECD-Durchschnitt befindet. Im *dritten Teil* werden die Ergebnisse des Wachstums- und Reformprozesses an Hand der EU-Strukturindikatoren dargestellt und bewertet. Dabei werden nicht nur Veränderungen diskutiert, sondern soweit möglich auch die Position Österreichs im Vergleich zu anderen EU-Staaten betrachtet. Die Beschränkung auf die, für die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, ausgelegte kurze Liste von 14 Hauptindikatoren soll das Augenmerk auf die grundlegenden Entwicklungstendenzen legen und Details in den Hintergrund drängen. Vergleichsbasis für die österreichische Entwicklung ist in der Regel die gegenwärtige EU 25, bei größeren Unterschieden zur EU 15 wird auf diese hingewiesen. Die Studie schließt mit einer Zusammenfassung der Aussagen.

## 1. Entwicklung von Produktivität und Wirtschaftswachstum in Österreich seit Formulierung der "Lissabon-Strategie"

Mit der Formulierung der Lissabon-Strategie haben sich die EU-Staaten zu tief greifenden Wirtschaftsreformen verpflichtet, welche zu mehr Wachstum, Produktivität und Beschäftigung führen sollten. Dazu zählen u. a. höhere Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien, eine weitere Liberalisierung der Netzwerkindustrien (Elektrizität, Erdgas, Schienenverkehr, Postdienste) sowie eine Steigerung der Investitionen in Bildung und Forschung. Ziel der Lissabon-Strategie ist es, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erreichen sowie mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. In weiterer Folge soll damit das durchschnittliche Einkommensniveau in der EU jenes der USA erreichen.

### *Österreich wächst langsamer als EU 15*

Betrachtet man nur die Wachstumsdimension des Lissabon-Ziels, geht die EU von einem Potentialwachstum des BIP von jährlich 3% aus. Seit Formulierung der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 hat sich das Wirtschaftswachstum in Österreich und in der Europäischen Union im Vergleich zu der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich verlangsamt. Zwischen 2000 und 2004 ist Österreichs Wirtschaft - gemessen an der Zuwachsrate des BIP zu Kaufkraftparitäten für das Basisjahr 2000 - mit 1,1% pro Jahr und damit etwas langsamer als die EU 15 mit 1,4% pro Jahr gewachsen (siehe Übersicht 1.1). Insbesondere liegt Österreich in der Wachstumsdynamik hinter Finnland und Schweden zurück, welche zwischen 2000 und 2004 mit 1,9% und 1,8% gewachsen sind. Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft liegt aber über dem Wachstum des wichtigsten Handelspartners Deutschland mit 0,5% pro Jahr. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist Österreichs Wirtschaft noch genauso schnell gewachsen wie die Europäische Union (EU 15). Zwischen den Jahren 1995 und 2000 belief sich die Zuwachsrate des BIP in Österreich im Durchschnitt auf 2,7% pro Jahr. Im selben Zeitraum wuchs die Europäische Union (EU 15) um 2,8%.

Ein ähnliches Bild ergibt sich wenn die Entwicklung des BIP je Einwohner herangezogen wird. Zwischen 2000 und 2004 betrug die Wachstumsrate des BIP je Einwohner in Österreich 0,8%, in der EU 15 dagegen 1,1% (siehe Übersicht 1.2). In Schweden betrug sie 1,4% und in Finnland 1,7%. Zwischen den Jahren 1995 und 2000 belief sich die Zuwachsrate des BIP pro Einwohner in Österreich im Durchschnitt auf 2,6% pro Jahr. Im selben Zeitraum wuchs das BIP pro Kopf der Europäischen Union (EU 15) um 2,5% pro Jahr.

### *Relativ niedrige Beschäftigungsintensität des österreichischen Wirtschaftswachstums*

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist ebenfalls ein wichtiges Ziel der Lissabon-Strategie. Zwischen 2000 und 2004 wuchs die Arbeitsproduktivität - gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten je Erwerbstätigen - in Österreich um 0,8% pro Jahr und damit ungefähr genauso langsam wie in der EU 15 mit 0,7% (siehe Übersicht 1.3). In der zweiten Hälfte der 90er

Übersicht 1.1: Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftparitäten)

	1995- 2000 <sup>1)</sup>	2000- 2004 <sup>1)</sup>	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Belgien	2,7	1,1	2,3	0,9	3,7	2,1	3,2	3,7	0,7	0,7	1,1	2,0
Deutschland	1,8	0,5	1,7	0,8	1,4	2,0	2,0	2,9	0,8	0,2	-0,1	1,1
Finnland	4,7	1,9	3,4	3,9	6,3	5,0	3,4	5,1	1,1	2,3	1,9	2,5
Frankreich	2,8	1,4	1,8	1,0	1,9	3,6	3,2	4,2	2,1	1,1	0,5	2,0
Griechenland	3,4	4,0	2,1	2,4	3,6	3,4	3,4	4,4	4,0	3,9	4,2	4,0
Irland	9,8	4,5	9,9	8,1	11,1	8,7	11,3	10,0	6,2	6,9	1,4	3,4
Italien	1,9	0,8	3,0	1,0	2,0	1,7	1,7	3,2	1,7	0,4	0,4	0,9
Luxemburg	7,1	1,7	1,4	3,3	8,3	6,9	7,8	9,1	1,2	1,3	1,7	2,6
Niederlande	3,7	0,4	3,0	3,0	3,8	4,3	4,0	3,5	1,2	0,2	-0,7	0,9
Österreich	2,7	1,1	1,6	2,0	1,6	3,9	2,7	3,4	0,8	1,4	0,7	1,5
Portugal	3,9	0,4	4,3	3,5	4,0	4,6	3,8	3,4	1,8	0,5	-1,3	0,8
Spanien	3,8	2,5	2,8	2,4	4,0	4,3	4,2	4,2	2,8	2,0	2,4	2,9
Euro-Raum	2,7	1,2	2,4	1,4	2,4	2,9	2,9	3,6	1,7	0,9	0,6	1,6
Dänemark	2,7	1,2	2,8	2,5	3,0	2,5	2,6	2,8	1,6	1,0	0,4	1,9
Schweden	3,2	1,8	4,1	1,3	2,4	3,6	4,6	4,3	0,9	2,1	1,6	2,5
Vereinigtes Königreich	3,1	2,3	2,8	2,7	3,3	3,1	2,8	3,8	2,1	1,6	2,2	3,1
Europäische Union (EU 15)	2,8	1,4	2,5	1,7	2,6	3,0	2,9	3,7	1,7	1,1	0,9	1,9
Schweiz	2,0	0,6	0,4	0,5	1,9	2,8	1,3	3,7	1,0	0,2	-0,5	1,8
Japan	1,4	1,4	1,9	3,4	1,9	-1,1	0,1	2,8	0,4	-0,3	2,7	3,0
Vereinigte Staaten	4,1	2,6	2,5	3,7	4,5	4,2	4,4	3,7	0,5	2,2	3,1	4,7

Q: OECD Economic Outlook. - Anmerkungen: 1) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Übersicht 1.2: Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (in Kaufkraftparitäten)

	1995- 2000 <sup>1)</sup>	2000- 2004 <sup>1)</sup>	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Belgien	2,5	0,9	1,9	0,8	3,5	1,9	3,0	3,5	0,3	0,9	1,0	1,6
Deutschland	1,7	0,5	1,4	0,5	1,2	2,0	2,0	2,7	0,7	-0,1	0,0	1,2
Finnland	4,4	1,7	3,0	3,5	5,9	4,7	3,1	4,9	0,8	2,0	1,6	2,4
Frankreich	2,4	1,0	1,5	0,7	1,6	3,2	2,8	3,7	1,6	0,8	0,0	1,4
Griechenland	3,2	4,0	1,8	2,3	3,3	3,2	3,2	3,8	3,8	3,5	4,3	4,1
Irland	8,7	3,0	9,3	7,3	10,0	7,4	10,1	8,8	4,8	5,3	-0,1	1,9
Italien	1,8	0,7	2,7	0,9	1,8	1,6	1,6	3,0	1,4	0,1	0,3	1,0
Luxemburg	5,8	1,1	-0,1	2,6	6,9	5,5	6,3	7,7	0,3	1,0	1,3	1,7
Niederlande	3,1	-0,1	2,5	2,6	3,3	3,7	3,3	2,7	0,8	-0,5	-1,1	0,5
Österreich	2,6	0,8	1,5	1,9	1,5	3,8	2,5	3,2	0,5	1,1	0,2	1,2
Portugal	3,4	-0,2	4,2	3,3	3,8	3,6	3,4	2,8	1,0	-0,2	-2,0	0,4
Spanien	3,5	1,9	2,6	2,3	3,8	4,1	3,8	3,4	2,0	1,3	2,0	2,4
Euro-Raum	2,4	0,9	2,1	1,2	2,2	2,7	2,6	3,2	1,3	0,6	0,4	1,4
Dänemark	2,3	1,0	2,2	1,9	2,5	2,1	2,3	2,5	1,2	0,7	0,2	1,7
Schweden	3,1	1,4	3,5	1,1	2,4	3,6	4,5	4,2	0,7	1,8	1,2	1,8
Vereinigtes Königreich	2,9	1,8	2,6	2,5	3,1	2,9	2,5	3,6	1,8	1,1	1,6	2,5
Europäische Union (EU 15)	2,5	1,1	2,2	1,4	2,3	2,7	2,6	3,3	1,4	0,7	0,6	1,6
Schweiz	1,6	-0,1	-0,3	0,1	1,7	2,5	0,8	3,1	0,4	-0,6	-1,3	1,1
Japan	1,2	1,5	1,5	3,2	1,6	-1,4	-0,1	2,7	0,1	-0,5	3,0	3,4
Vereinigte Staaten	3,1	0,7	1,6	2,8	3,5	3,2	3,5	2,7	-3,1	1,1	1,5	3,4

Q: OECD Economic Outlook. Anmerkungen: 1) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Übersicht 1.3: Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen

	1995- 2000 <sup>1)</sup>	2000- 2004 <sup>1)</sup>	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Belgien	1,4	0,8	1,6	0,5	2,8	0,3	1,8	1,8	-0,8	1,0	1,5	1,7
Deutschland	1,1	0,9	1,5	1,1	1,6	0,9	0,8	1,1	0,4	0,8	1,0	1,4
Finnland	2,5	1,6	1,2	2,5	4,1	2,6	0,0	3,3	-0,4	2,1	2,2	2,5
Frankreich	1,3	0,9	0,9	0,8	1,3	1,7	1,3	1,5	0,6	0,6	0,7	1,8
Griechenland	2,8	3,1	1,2	2,8	4,2	-0,7	3,4	4,6	4,4	3,8	1,9	2,2
Irland	3,9	2,7	4,7	4,0	7,2	-1,4	4,7	5,1	3,2	5,5	0,1	2,0
Italien	0,9	-0,4	3,6	0,5	1,7	0,7	0,4	1,3	-0,4	-1,1	-0,6	0,4
Luxemburg	5,1	0,2	0,5	2,4	6,9	4,8	5,3	6,1	-1,2	-0,4	0,7	1,9
Niederlande	1,0	0,0	0,6	1,0	0,4	1,0	1,0	1,8	-0,9	-0,8	-0,1	1,8
Österreich	2,1	0,8	1,6	2,6	1,1	2,9	1,2	2,6	0,1	1,6	0,5	1,2
Portugal	2,1	0,2	4,9	3,0	2,1	2,0	2,4	1,2	0,4	0,3	-0,4	0,5
Spanien	-0,3	-0,2	0,3	-0,1	0,7	0,2	-1,2	-1,2	-0,9	0,1	-0,3	0,0
Euro-Raum	1,1	0,6	1,7	1,0	1,6	0,9	0,8	1,3	0,2	0,4	0,4	1,1
Dänemark	1,8	1,3	0,7	1,4	1,3	2,1	1,7	2,5	1,4	0,6	1,4	1,8
Schweden	2,4	1,4	2,5	1,9	3,6	2,2	2,3	2,1	-1,0	2,0	1,9	2,9
Vereinigtes Königreich	1,9	1,4	1,6	1,7	1,5	2,1	1,5	2,6	1,3	0,9	1,3	2,2
Europäische Union (EU 15)	1,3	0,7	1,7	1,1	1,6	1,2	1,0	1,5	0,4	0,6	0,6	1,4
Schweiz	1,4	-0,1	0,3	0,5	1,9	1,4	0,5	2,6	-0,6	-0,4	-0,4	1,1
Japan	1,4	2,0	1,9	3,0	0,8	-0,5	0,9	3,1	1,0	0,9	2,9	3,0
Vereinigte Staaten	2,2	2,2	1,0	2,2	2,2	2,7	2,9	1,1	0,5	2,5	2,2	3,6

Q: OECD Economic Outlook. Anmerkungen: 1) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate.

Jahre lag die Zunahme der Arbeitsproduktivität in Österreich mit 2,1% deutlich über der Zuwachsrates in der EU 15 mit 1,3%. Somit beruht ein Großteil des Wachstums in Österreich auf einer Zunahme der Arbeitsproduktivität und weniger auf einer Zunahme der Beschäftigung. Anders ausgedrückt: Das Wachstum verläuft in Österreich weniger beschäftigungsintensiv. Auch hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitsproduktivität gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Griechenland und Irland verzeichnen sowohl in der zweiten Hälfte der 90er Jahre als auch seit 2000 einen kontinuierlichen Produktivitätszuwachs.

#### *Österreich hält seinen ausgezeichneten Platz im Pro-Kopf-Einkommen*

Trotz der schwachen Wirtschaftsentwicklung seit 2000 konnte Österreich im Pro-Kopf-Einkommen seine Spitzenposition in der EU 15 halten. Der Vorsprung gegenüber der EU 15 liegt jetzt bei 12 Prozentpunkten in 2004 nach 14 Prozentpunkten in 2000 (siehe Übersicht 1.4). Der Einkommensvorsprung gegenüber Schweden und Finnland ist dagegen weitgehend verloren gegangen.

#### *Wachstumsunterschiede lassen sich nur zum Teil durch unterschiedliche Ausgangsniveaus erklären*

Eine nahe liegende Erklärung für die Wachstumsunterschiede in Industrieländern ist das unterschiedliche Ausgangsniveau. Demnach verzeichnen Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen höhere Zuwachsrates. Umgekehrt haben Länder mit einem hohen Ausgangsniveau eine geringe Wachstumsdynamik in den folgenden Perioden. Zwischen 2000 und 2004 hat sich jedoch die Wachstumsdynamik weitgehend vom Ausgangsniveau abgekoppelt. Zwar besteht weiterhin ein negativer Zusammenhang zwischen der Pro-Kopf-Wachstumsrate und dem Ausgangsniveau, die Korrelation ist jedoch nicht signifikant. Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen wie die USA, Großbritannien, Schweden und Finnland sind zuletzt deutlich schneller gewachsen als die übrigen Industrieländer (siehe Abbildung 1.1). Lediglich Griechenland und Spanien – beides Länder mit einem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen - sind ebenfalls relativ rasch gewachsen.

#### *Langsamer Reformstart verschiebt Erhöhung der Wachstumschancen*

Die relativ schwache Wirtschaftsentwicklung in Österreich wirft die Frage nach den Ursachen auf. Empirische Studien belegen, dass Strukturreformen, höhere Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung und IKT-Technologien auf lange Sicht Grundlage für starkes Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen sind (OECD, 2003A). Tatsächlich zählen Finnland und Schweden zu jenen Ländern, die schon weit vor Verkündung der Lissabon-Strategie tief greifende Reformen durchgeführt hatten. Auf der anderen Seite stellten sich die größten Mitgliedstaaten, wie Deutschland, Frankreich und Italien, eindeutig als Nachzügler im Strukturreformprozess heraus. Auch in Österreich hat Regulierungsabbau vergleichsweise spät eingesetzt.

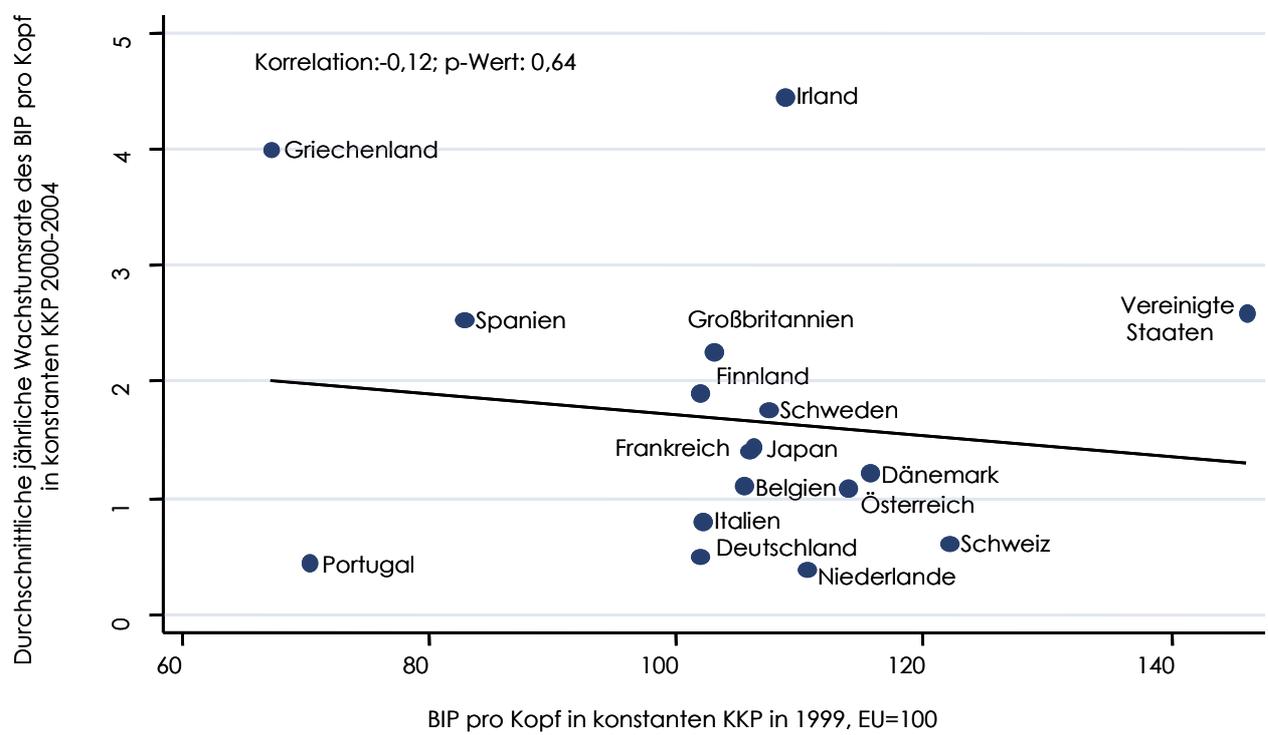
Die Ursachen für die Wachstumsschwäche in Österreich seit 1995 sind vielfältig. Ein Hauptgrund für das in Österreich geringere Wirtschaftswachstum seit Mitte der 90er Jahre

Übersicht 1.4: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (EU 15 =100)

	1995- 2000 <sup>1)</sup>	2000- 2004 <sup>1)</sup>	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Belgien	105,2	104,9	105,3	104,7	105,9	105,0	105,3	105,5	104,5	104,7	105,0	105,0
Deutschland	102,9	100,0	105,4	104,4	103,3	102,5	101,9	101,3	100,6	99,9	99,3	98,9
Finnland	99,5	104,3	94,0	96,0	99,4	101,3	101,8	103,3	102,8	104,2	105,3	106,1
Frankreich	105,8	106,2	106,5	105,8	105,0	105,5	105,7	106,2	106,4	106,6	106,0	105,8
Griechenland	67,1	71,4	65,3	65,8	66,5	66,7	67,1	67,5	69,1	71,1	73,7	75,5
Irland	100,5	120,7	85,2	90,2	97,0	101,4	108,7	114,6	118,4	123,9	123,1	123,4
Italien	103,4	101,2	105,3	104,8	104,2	103,0	102,0	101,7	101,7	101,2	100,9	100,3
Luxemburg	180,9	196,6	168,3	170,3	178,0	182,8	189,4	197,3	195,2	195,8	197,2	197,3
Niederlande	108,6	107,8	106,6	107,8	108,8	109,8	110,6	109,9	109,4	108,1	106,3	105,1
Österreich	113,3	112,8	113,2	113,7	112,7	113,9	113,7	113,6	112,6	113,1	112,7	112,2
Portugal	68,7	68,5	66,9	68,1	69,1	69,7	70,2	69,9	69,6	69,0	67,3	66,5
Spanien	81,3	84,1	78,9	79,6	80,8	81,8	82,7	82,8	83,3	83,9	85,0	85,6
Euro-Raum	99,0	98,6	99,3	99,1	99,0	99,0	98,9	98,9	98,8	98,7	98,5	98,3
Dänemark	115,8	114,4	115,9	116,5	116,7	115,9	115,6	114,7	114,5	114,5	114,1	114,2
Schweden	106,0	108,7	104,9	104,6	104,6	105,5	107,4	108,3	107,6	108,7	109,4	109,6
Vereinigtes Königreich	102,8	104,4	101,2	102,2	103,0	103,1	102,9	103,2	103,7	104,1	105,1	106,0
Europäische Union (EU 15)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Schweiz	123,6	118,8	127,0	125,3	124,4	124,1	122,0	121,7	120,5	118,9	116,7	116,0
Japan	110,2	105,1	112,5	114,5	113,6	109,1	106,2	105,5	104,2	103,1	105,5	107,4
Vereinigte Staaten	143,3	141,5	140,7	142,5	144,1	144,8	146,1	145,3	138,9	139,5	140,7	143,2

Q: OECD Economic Outlook. Anmerkungen: 1) Durchschnitt über den Zeitraum.

Abbildung 1.1: Zusammenhang zwischen Ausgangsniveau und Dynamik des BIP pro Kopf



liegt in der über einen langen Zeitraum hinweg verhaltenen Neigung zu Zukunftsinvestitionen in Forschung und Entwicklung, Bildung und Informations- und Kommunikationstechnologien und einer zunächst zögerlichen Deregulierung in den Netzwerkindustrien. Trotz einiger Anstrengungen der letzten Jahre – insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung, im Bildungssystem und in der Liberalisierung der Netzwerkindustrien – ist das Wachstum teils durch zu geringe Ausgaben, teils durch organisatorische Defizite nicht genügend unterstützt worden.

Eine weitere wichtige Ursache für das seit 1995 geringere Wachstum in Österreich ist die Wachstumsschwäche auf den wichtigsten Absatzmärkten vor allem in Deutschland aber auch in Italien. Dies konnte durch das relativ hohe Wirtschaftswachstum in den neuen EU-Ländern nur zu einem kleinen Teil ausgeglichen werden.

#### *Forschung, Bildung und Regulatorabbau sind wichtigste Wachstumsfaktoren*

Eine Simulation der Lissabon-Strategie für Österreich zeigt, dass Regulatorabbau bzw. raschere Diffusion der IKT-Technologien sowie höhere Investitionen in Bildung und Forschung und Entwicklung einen signifikanten Beitrag zum Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit geleistet haben (Aiginger et al., 2004). Die Berechnungen zeigen, dass von dem durch das Modell erklärten Potentialwachstum von 2,1% im Zeitraum 1990 bis 2002 jeweils 0,3 Prozentpunkte auf den steigenden Einsatz von Humankapital und die Erhöhung der F&E-Ausgaben im Unternehmenssektor (von 0,8% auf 1,3% bezogen auf das BIP) zurückzuführen waren (siehe Übersicht 1.5). Die Liberalisierung der Netzwerkindustrien und die Innovationen im Bereich IuK-Technologien haben jeweils 0,1 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Insgesamt haben diese vier Faktoren einen Beitrag von 0,8 Prozentpunkten geliefert. In den drei führenden EU-Ländern Schweden, Finnland und Dänemark betrug der Wachstumsbeitrag dieser Faktoren jedoch 1,1 Prozentpunkte. Somit kann fast die Hälfte der Wachstumsunterschiede zwischen Österreich und den drei TOP-EU-Ländern auf die schnellere Akkumulation von F&E und IKT-Technologien sowie dem rascheren Regulatorabbau zurückgeführt werden.

Eine weitere bedeutende Ursache für die Wachstumsschwäche Österreichs ist die schwache Wirtschaftsentwicklung in den wichtigsten Partnerländern. Unsere Berechnungen zeigen, dass die Wachstumsschwäche in Deutschland seit 1994 Österreich  $\frac{1}{3}$  Prozentpunkt BIP-Wachstum pro Jahr gekostet hat (siehe Aiginger et al., 2004).

Aus der Analyse der Determinanten des Wirtschaftswachstums lassen sich die Hauptlinien einer Strategie zur Hebung des Wirtschaftswachstums ableiten. Wachstumssteigernd sind nicht nur ein weiterer Regulatorabbau sondern ein Bündel von Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung und Weiterbildung, Forschung und Infrastruktur, IKT-Technologien, die Stabilisierung von Erwartungen und Konjunktur, sowie ergänzend eine Forcierung von Betriebsgründungen, Wettbewerb und die Nutzung neuer Exportchancen.

Aus der Palette von Einflussfaktoren greift das folgende Kapitel jene strukturpolitischen Bereiche heraus, die die Wettbewerbsintensität auf Österreichs Produktmärkten bestimmen, die also speziell vom Cardiff-Prozess erfasst werden.

Übersicht 1.5: Beitrag der Inputfaktoren zum Wirtschaftswachstum

	Pro-Kopf Wachstum	Pro-Kopf Wachstum (Potential)	Pro-Kopf Wachstum (hist.)	Investitionen in % des BIP	Durch. Schuljahre	BERD in % des BIP	Regulierungs- abbau, Index	IKT- Patente
<b>Zeitraum 1995 bis 2002</b>								
	In %		Beitrag der Faktoren zum Wirtschaftswachstum in Prozentpunkten					
Österreich	1,8	2,1	1,3	-0,1	0,3	0,3	0,1	0,1
EU 13	2,2	2,0	1,2	0,0	0,3	0,2	0,2	0,1
EU 3	2,4	2,0	1,0	-0,1	0,2	0,4	0,3	0,2
			Beitrag der Faktoren zum Wirtschaftswachstum in Prozent des prognostizierten Wachstums					
Österreich		100	64	-5	12	16	6	6
EU 13		100	61	-1	14	9	10	6
EU 3		100	51	-3	9	18	14	11
<b>Zeitraum 1990 bis 2000</b>								
	In %		Beitrag der Faktoren zum Wirtschaftswachstum in Prozentpunkten					
Österreich	2,1	2,1	1,4	-0,2	0,3	0,2	0,1	0,1
EU 13	2,6	2,8	1,6	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1
EU 3	2,8	3,2	1,8	0,5	0,2	0,3	0,3	0,1
			Beitrag der Faktoren zum Wirtschaftswachstum in Prozent des prognostizierten Wachstums					
Österreich		100	69	-8	15	11	6	6
EU 13		100	58	10	11	9	7	4
EU 3		100	57	14	5	11	9	5

Q: Aiginger et al. 2004. Anmerkungen: EU 13: Alle EU 15 Staaten außer Irland and Luxemburg. EU 3: Schweden, Finnland und Dänemark. Die Zerlegung des Wirtschaftswachstums auf die Inputfaktoren erfolgt mittels der geschätzten Koeffizienten einer Wachstumsgleichung multipliziert mit der Veränderung der erklärenden Inputfaktoren. Berechnung der Wachstumsraten: Das Niveau wird zunächst über die Intervalle 1990-1994, 1995-1999 und 2000-2002 gemittelt und anschließend die Wachstumsrate berechnet.



## **2. Wettbewerb auf den Produktmärkten**

### **2.1 Marktkonzentration in Österreich höher als im OECD-Durchschnitt**

Für die empirische Messung der Wettbewerbsintensität steht eine Vielzahl von Indikatoren zur Verfügung. Die gebräuchlichsten Kennzahlen sind Preisniveau und –konvergenz, Marktanteile, Preis-Kosten-Margen, Markteintrittskosten und Produktmarktregulierung. Erst die zusammenfassende Beurteilung aller Indikatoren im internationalen Vergleich lässt verlässliche Rückschlüsse auf die Wettbewerbsintensität auf einem Markt zu.

Die Wirtschaftspolitik der meisten OECD/EU-Staaten war in den letzten Jahren stark vom Bemühen gekennzeichnet, Strukturreformen umzusetzen sowie die Deregulierung v. a. von Netzwerkindustrien und die Privatisierung der "verstaatlichten Industrie" voranzutreiben. Davon betroffen waren insbesondere die Märkte für Telekommunikation, Energie (Strom und Gas) sowie Finanzdienstleistungen. Die Ergebnisse dieser Bemühungen, gemessen z. B. am OECD Produktmarktregulierungsindex, präsentieren sich uneinheitlich. Während Großbritannien, Irland, Australien und die USA die Deregulierung der Produktmärkte am weitesten vorangetrieben haben, sind in Italien, Griechenland und Norwegen noch immer vergleichsweise starre Regulierungsregime in Kraft. Österreich findet sich hinsichtlich der Produktmarktregulierung im Mittelfeld wieder (Übersicht 2.1). Wie in anderen kleinen Ländern auch liegt die Marktkonzentration in Österreich über dem Durchschnitt (OECD, 2003B).

Die Preis-Kosten-Margen liegen in Österreich in einigen Branchen über, in anderen unter dem Durchschnitt anderer OECD Länder (Abbildung 2.1). Überdurchschnittliche Margen sind weniger in der verarbeitenden Industrie, sondern vielmehr im Dienstleistungsbereich wie im Groß- und Einzelhandel oder im Hotel- und Gastronomiebereich anzutreffen. In der Sachgütererzeugung fallen speziell die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Tabakindustrie mit (weit) überdurchschnittlichen Preisauflägen auf. Im Fall der Stahlindustrie ist dies aber weniger ein Indikator für zu wenig Wettbewerb auf den Heimmärkten als vielmehr für eine erfolgreiche Positionierung der ehemals verstaatlichten stahlerzeugenden Unternehmen (VA Stahl, Boehler-Uddeholm) als Qualitätsanbieter auf den Weltmärkten. Im Gegensatz ist die nunmehr privatisierte Austria Tabak noch immer am Heimmarkt durch das Einzelhandelsmonopol für Tabakwaren vor Konkurrenz geschützt, was eine mögliche Erklärung für die überdurchschnittlichen Preisaufläge sein könnte.

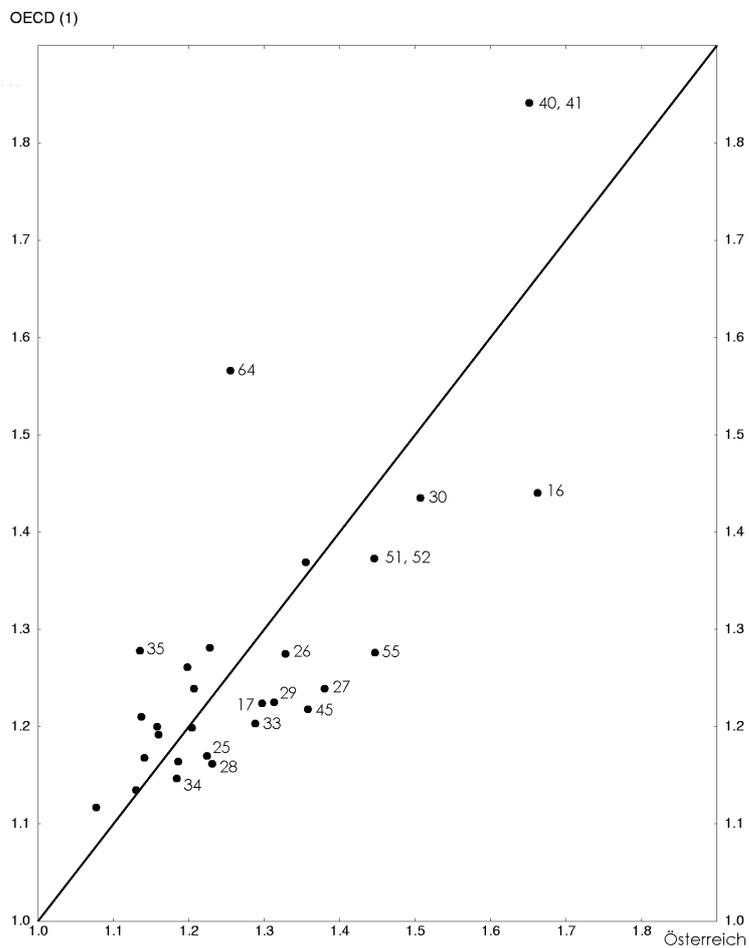
Die unter dem Durchschnitt liegenden Preisaufläge in einigen Netzwerkindustrien (Telekommunikation, Elektrizität, Gas und Wasser) sind hingegen positive Hinweise auf die Liberalisierung der Märkte in diesen Branchen in Österreich (OECD, 2003B). Die Strukturindikatoren von Eurostat zeigen, dass die Preise für Telekommunikation und Energie seit Mitte der 90er Jahre in Österreich stark gesunken sind, wobei aber berücksichtigt werden muss, dass die Ausgangspreislevels in Österreich europaweit zu den höchsten gezählt haben.

Übersicht 2.1: Produktmarktregulierung

	Nicoletti et al. (1999)		Kaufman et al. (1999)		Pryor (2002)	
	Wert	Rang	Wert	Rang	Wert	Rang
Australien	0,24	3	0,30	8	0,40	12
<b>Österreich</b>	<b>0,49</b>	<b>8</b>	<b>0,37</b>	<b>10</b>	<b>0,39</b>	<b>11</b>
Belgien	0,80	17	0,50	17	0,74	18
Kanada	0,54	11	0,41	14	0,24	6
Dänemark	0,50	9	0,19	7	0,38	10
Finnland	0,67	14	0,08	5	0,00	1
Frankreich	0,88	18	0,60	18	0,78	19
Deutschland	0,52	10	0,39	11	0,31	7
Griechenland	0,97	20	0,74	19	1,00	21
Irland	0,20	2	0,06	3	0,32	8
Italien	1,00	21	0,75	20	0,87	20
Japan	0,58	12	1,00	21	0,61	15
Niederlande	0,49	7	0,08	4	0,15	4
Neuseeland	0,43	5	0,00	2	0,13	3
Norwegen	0,97	19	0,34	9	0,60	14
Portugal	0,70	15	0,39	12	0,65	17
Spanien	0,64	13	0,42	15	0,58	13
Schweden	0,49	6	0,43	16	0,37	9
Schweiz	0,76	16	0,40	13	0,01	2
Großbritannien	0,00	1	0,00	1	0,16	5
USA	0,28	4	0,09	6	0,62	16
Durchschnitt	0,58		0,36		0,44	

Q: Nicoletti and Pryor (2001). - Anmerkung: Ein höherer Wert zeigt einen größeren Grad an Regulierung an. Die Indizes sind von 0 bis 1 skaliert. Die ursprünglichen Indizes wurden daher (bei Bedarf) in ihrer Darstellung umgekehrt und größenmäßig neu gereiht. Die Daten stammen von Nicoletti et al. (1999), Pryor (2002) und Kaufman et al. (1999).

Abbildung 2.1: Preisaufschläge in Österreich und anderen Ländern  
1981 bis zum letztverfügbaren Jahr



- 17 Herstellung von Textilien und Textilwaren
- 25 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
- 26 Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden
- 27 Metallerzeugung und Bearbeitung
- 28 Herstellung von Metallerzeugnissen
- 29 Maschinenbau
- 30 Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte
- 33 Medizin-, Mess- und Regeltechnik; Optik
- 34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
- 35 Sonstiger Fahrzeugbau
- 40, 41 Energie- und Wasserversorgung
- 45 Bauwesen
- 51, 52 Grosshandel, Einzelhandel
- 55 Beherbergungs- und Gaststättenwesen
- 64 Nachrichtenübermittlung

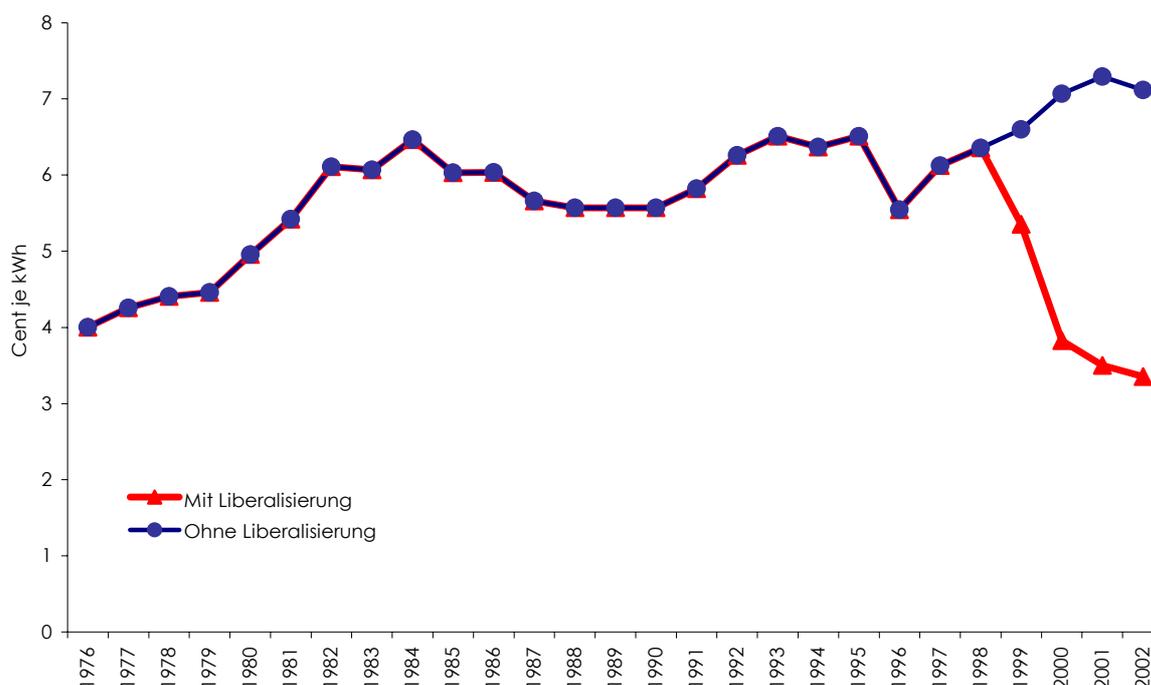
Q: OECD, STAN Datenbank. OECD Schätzungen basieren auf der Roeger Methode. -  
1) Durchschnitt von Österreich, Belgien, Kanada, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Niederlande, Großbritannien und USA.

## 2.2 Energiemärkte: Steigende Marktkonzentration, Wettbewerbsdefizite im Haushaltsbereich

Zusammen mit Großbritannien, Italien, Spanien, den Niederlanden und Deutschland zählt Österreich zu den sechs EU Mitgliedstaaten, die sowohl die Märkte für Elektrizität (in Österreich seit 1. 10. 2001) als auch für Gas (in Österreich seit 1. 10. 2002) vollständig liberalisiert haben (*E-Control*, 2003) – lange vor der endgültigen Deadline der Europäischen Kommission (1. 7. 2007).

Am stärksten hat die Industrie von der Liberalisierung profitiert, jedoch konnten auch die Haushalte an der "Liberalisierungsdividende" partizipieren. Während die Strom- und Gaspreise der Industrie im Vergleich zu einem Szenario ohne Liberalisierung der Energiemärkte (Baseline) um mehr als 40% bzw. fast 15% gesunken sind, betragen die Preisreduktionen für die Haushalte bei Strom weniger als 20% und nur 4% bei Gas (*Kratena*, 2004; Abbildungen 2.2 und 2.3; Übersicht 2.2).

Abbildung 2.2: Entwicklung des (Netto)Industrieprices für Elektrizität, mit und ohne Liberalisierung, 1976 - 2002

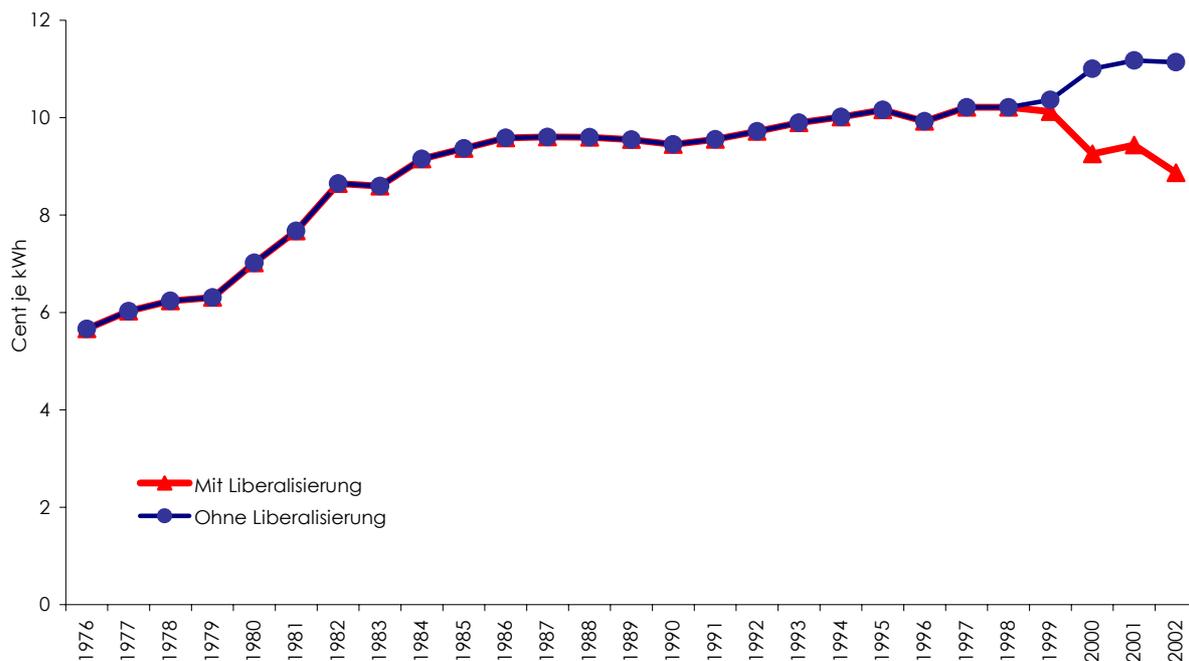


Q: *Kratena* (2004).

Die Wohlfahrtsgewinne für die österreichischen Konsumenten aus der Energiemarktliberalisierung sind teilweise durch andere Faktoren kompensiert worden. Dazu zählen gestiegene öffentliche Abgaben (Preiszuschläge zur Förderung von Kleinwasserkraft, Kraft-Wärme-Kopplung und Ökostromerzeugung sowie erhöhte Energiesteuer auf elektrische

Energie) und Netzgebühren, bei denen aus der Sicht des Regulators weiterer Absenkungsspielraum besteht.

Abbildung 2.3: Entwicklung des (Netto)Haushaltspreises für Elektrizität, mit und ohne Liberalisierung, 1976 - 2002



Q: Kratena (2004).

Trotz der stark gestiegenen Marktkonzentration auf den Elektrizitätsmärkten in Österreich (Übersicht 2.3), die im Wesentlichen auf den Zusammenschluss von fünf regionalen Stromversorgern zu einer marktbeherrschenden Unternehmenseinheit (Energie Allianz) zurückzuführen war, haben sich die Strompreise sowohl für industrielle als auch für private Nutzer vorteilhafter entwickelt als in vielen anderen Staaten der EU 15.

Die gestiegene Marktkonzentration hat sich bis 2003 nicht in höheren Strompreisen für Haushalte (Übersicht 2.4) und Unternehmen (Übersicht 2.5) niedergeschlagen. Die Gaspreise sind im Vergleich zu anderen EU Staaten moderat gestiegen und befinden sich ungefähr auf dem Niveau des EU Durchschnitts (Übersichten 2.6 und 2.7).

Übersicht 2.2: Partialanalytische Effekte der Liberalisierung, 2002

Elektrizität	Differenz zum Baseline <sup>1)</sup> in %
Preis, Industrie	-42,2
Preis, Haushalte	-17,5
Preisindex, E-Wirtschaft	-29,4

Gas	Differenz zum Baseline <sup>1)</sup> in %
Preis, Industrie	-14,4
Preis, Haushalte	-4,0
Preisindex, Gaswirtschaft	-9,3

Q: Kratena (2004). - 1) Annahme ohne Liberalisierung.

Übersicht 2.3: Marktanteil des größten Stromerzeugers am Elektrizitätsmarkt, in %

	1999	2000	2001	2001 Index <sup>1)</sup>
Großbritannien	21,00	20,60	22,90	109,0
Finnland	26,00	23,30	23,00	88,5
Deutschland	28,10	34,00	32,00	113,9
Österreich	21,40	32,60	34,40	160,7
Dänemark	40,00	36,00	39,00	97,5
Spanien	51,80	42,40	43,80	84,6
Italien	71,10	46,70	45,00	63,3
Schweden	52,80	49,50	48,50	91,9
Portugal	57,80	58,50	61,50	106,4
Frankreich	93,80	90,20	90,00	95,9
Belgien	92,30	91,10	92,60	100,3
Irland	97,00	97,00	96,60	99,6
Griechenland	98,00	97,00	98,00	100,0
EU Durchschnitt	57,78	55,30	55,95	96,8

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - 1) 1999 = 100.

Unternehmenszusammenschlüsse im Energiesektor in der jüngsten Vergangenheit – die österreichische Gas- und Stromlösung, die trotz ernstzunehmender Bedenken des Energieregulators und von Wettbewerbsökonomern gegen die Entstehung von quasi-monopolistischen Marktstrukturen (vgl. Böheim, 2003) zustande kam – könnten aber die Realisierung der Wohlfahrtsgewinne aus der Energiemarktliberalisierung für die Zukunft gefährden.

Übersicht 2.4: Haushaltspreise für Strom (excl. Steuern), in €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2004 Index <sup>1)</sup>
Griechenland	0,0609	0,0619	0,0627	0,0622	0,0564	0,0564	0,0580	0,0606	0,0621	102,0
Finnland	0,0770	0,0727	0,0706	0,0656	0,0645	0,0637	0,0697	0,0738	0,0810	105,2
Großbritannien	0,0876	0,0971	0,1039	0,0966	0,1056	0,0996	0,1031	0,0959	0,0837	95,5
Spanien	0,1092	0,1050	0,0946	0,0929	0,0895	0,0859	0,0859	0,0872	0,0885	81,0
Schweden	0,0675	0,0675	0,0673	0,0653	0,0637	0,0629	0,0701	0,0838	0,0898	133,0
Dänemark	0,0646	0,0639	0,0673	0,0681	0,0718	0,0781	0,0865	0,0947	0,0915	141,6
Österreich	0,1032	0,0984	0,0969	0,0979	0,0949	0,0945	0,0932	0,0926	0,0981	95,1
<b>EU (15 Länder)</b>	<b>0,1100</b>	<b>0,1081</b>	<b>0,1073</b>	<b>0,1050</b>	<b>0,1031</b>	<b>0,1027</b>	<b>0,1033</b>	<b>0,1034</b>	<b>0,1030</b>	<b>93,6</b>
Niederlande	0,0869	0,0877	0,0868	0,0884	0,0938	0,0978	0,0923	0,0970	0,1031	118,6
Irland	0,0717	0,0816	0,0795	0,0795	0,0795	0,0795	0,0883	0,1006	0,1055	147,1
Belgien	0,1237	0,1191	0,1186	0,1182	0,1171	0,1184	0,1137	0,1120	0,1145	92,6
Luxemburg	0,1090	0,1071	0,1060	0,1076	0,1056	0,1120	0,1148	0,1191	0,1215	111,5
Deutschland	0,1320	0,1270	0,1256	0,1277	0,1191	0,1220	0,1261	0,1267	0,1259	95,4
Portugal	0,1259	0,1278	0,1250	0,1201	0,1194	0,1200	0,1223	0,1257	0,1283	101,9
Italien	0,1508	0,1671	0,1682	0,1570	0,1500	0,1567	0,1390	0,1449	0,1434	95,1
Frankreich	0,1022	0,1005	0,0962	0,0949	0,0928	0,0914	0,0923	0,0890	:	:

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - Anmerkung: Strompreisindex für private Endverbraucher, nach folgender Definition: Jährlicher Verbrauch von 3.500 kWh davon 1.300 kWh Nachtstrom (für eine Standardwohnung von 90m<sup>2</sup>). Die Preise sind in Euro (excl. Steuern) pro kWh angegeben und richten sich nach dem 1. Jänner jeden Jahres (Stichtag). - 1) 1996 = 100.

Übersicht 2.5: Industriepreise für Strom (excl. Steuern), in €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2004 Index <sup>1)</sup>
Großbritannien	0,0544	0,0604	0,0627	0,0619	0,0664	0,0661	0,0614	0,0539	0,0478	87,9
Schweden	0,0413	0,0430	0,0392	0,0348	0,0375	0,0313	0,0310	0,0666	0,0520	125,9
Frankreich	0,0650	0,0635	0,0596	0,0583	0,0567	0,0557	0,0562	0,0529	0,0533	82,0
Spanien	0,0756	0,0703	0,0620	0,0624	0,0636	0,0550	0,0520	0,0528	0,0538	71,2
Finnland	0,0481	0,0414	0,0401	0,0389	0,0377	0,0372	0,0401	0,0566	0,0543	112,9
Griechenland	0,0571	0,0580	0,0588	0,0583	0,0571	0,0571	0,0590	0,0614	0,0630	110,3
Dänemark	0,0473	0,0467	0,0512	0,0485	0,0504	0,0558	0,0639	0,0697	0,0631	133,4
<b>EU (15 Länder)</b>	<b>0,0689</b>	<b>0,0679</b>	<b>0,0663</b>	<b>0,0636</b>	<b>0,0625</b>	<b>0,0644</b>	<b>0,0620</b>	<b>0,0647</b>	<b>0,0636</b>	<b>92,3</b>
Portugal	0,0756	0,0749	0,0712	0,0646	0,0643	0,0651	0,0665	0,0673	0,0684	90,5
Luxemburg	0,0747	0,0737	0,0725	0,0736	0,0709	0,0632	0,0645	0,0675	0,0690	92,4
Deutschland	0,0906	0,0845	0,0830	0,0791	0,0675	0,0669	0,0685	0,0697	0,0740	81,7
Belgien	0,0775	0,0746	0,0746	0,0739	0,0734	0,0752	0,0760	0,0764	0,0755	97,4
Irland	0,0615	0,0691	0,0662	0,0662	0,0662	0,0662	0,0836	0,0762	0,0787	128,0
Italien	0,0638	0,0713	0,0721	0,0646	0,0693	0,0919	0,0776	0,0826	0,0790	123,8
Niederlande	0,0608	0,0570	0,0566	0,0576	0,0669	0,0640	:	:	:	:
Österreich <sup>2)</sup>	0,0814	0,0765	0,0755	0,0763	:	:	:	0,0503	:	:

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - Anmerkung: Strompreisindex für den Endverbrauch von industriellen Abnehmern, nach folgender Definition: Jährlicher Verbrauch von 2.000 MWh bei einem maximalen Bedarf von 500 kW und einer jährlichen Betriebsdauer von 4.000 Stunden. Die Preise sind in Euro (excl. Steuern) pro kWh angegeben und richten sich nach dem 1. Jänner jeden Jahres (Stichtag). - 1) 1996 = 100. - 2) Werte zwischen 2000 und 2002 nicht verfügbar.

Übersicht 2.6: Haushaltspreise für Erdgas (excl. Steuern), in €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2003 Index <sup>1)</sup>
Großbritannien	5,52	6,32	6,75	5,98	6,65	6,27	6,63	6,56	118,8
Luxemburg	5,62	5,75	5,76	5,29	5,68	7,63	6,64	6,91	123,0
Irland	6,97	7,64	7,23	7,35	7,28	7,28	7,27	7,27	104,3
Niederlande	5,82	6,23	6,16	5,72	5,62	6,31	7,03	8,17	140,4
Dänemark	:	:	:	6,01	8,95	10,96	7,53	8,33	:
<b>EU (15 Länder)</b>	<b>6,64</b>	<b>7,22</b>	<b>7,34</b>	<b>6,81</b>	<b>7,24</b>	<b>8,49</b>	<b>8,42</b>	<b>8,37</b>	<b>126,1</b>
Belgien	6,86	6,92	7,03	6,46	7,44	9,45	8,34	8,58	125,1
Österreich	8,61	8,33	7,72	7,80	7,80	8,78	8,78	8,85	102,8
Deutschland	6,85	7,11	7,00	6,64	6,93	9,65	9,24	8,93	130,4
Frankreich	7,27	7,23	7,67	7,36	6,99	8,44	9,19	9,06	124,6
Schweden	:	7,21	7,24	6,79	7,63	9,13	9,63	9,85	:
Italien	7,80	9,00	8,84	8,05	8,79	11,07	9,95	9,86	126,4
Spanien	9,28	9,16	9,10	8,85	9,15	11,06	10,46	10,43	112,4
Portugal	:	:	:	:	:	13,68	13,19	12,70	:
Finnland	5,01	5,48	7,12	6,58	:	:	:	:	:

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - Anmerkung: Preisindex von Erdgas für private Endverbraucher, nach folgender Definition: Jährlicher Verbrauch von 83,7 GJ (für Raumwärme, Warmwasser und Kochen). Die Preise sind in Euro (excl. Steuern) pro GJ angegeben und richten sich nach dem 1. Jänner jeden Jahres (Stichtag). - 1) 1996 = 100.

Übersicht 2.7: Industriepreise für Erdgas (excl. Steuern), in €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2003 Index <sup>1)</sup>
Spanien	3,14	3,73	3,67	2,84	4,05	5,54	4,34	4,81	153,2
Großbritannien	2,60	2,89	3,18	3,15	3,53	4,01	5,42	4,87	187,3
Irland	2,93	3,83	2,96	3,09	3,59	4,65	4,88	4,94	168,6
Dänemark	3,42	4,03	3,59	2,65	4,59	5,99	4,49	5,26	153,8
Italien	3,58	4,42	4,23	3,48	4,14	6,58	5,87	5,38	150,3
Belgien	3,97	4,16	4,25	3,46	4,42	6,32	5,25	5,42	136,5
Frankreich	3,39	3,58	3,70	3,39	4,29	5,94	4,93	5,46	161,1
Österreich	4,84	4,59	4,23	4,23	3,53	5,53	5,62	5,46	112,8
<b>EU (15 Länder)</b>	<b>3,60</b>	<b>4,03</b>	<b>4,03</b>	<b>3,49</b>	<b>4,22</b>	<b>6,12</b>	<b>5,75</b>	<b>5,56</b>	<b>154,4</b>
Luxemburg	4,86	5,01	5,03	4,69	4,94	6,89	5,90	6,17	127,0
Finnland	3,15	3,98	3,62	2,51	4,53	7,08	6,18	6,37	202,2
Portugal	:	:	:	:	:	6,88	6,26	6,39	:
Deutschland	4,41	4,96	4,98	4,21	4,78	7,76	7,28	6,73	152,6
Schweden	:	4,86	4,59	3,37	5,07	9,53	5,93	6,80	:
Niederlande	3,38	3,72	3,72	3,09	4,06	5,40	:	:	:

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - Anmerkung: Preisindex von Erdgas für den Endverbrauch von industriellen Abnehmern, nach folgender Definition: Jährlicher Verbrauch von 41.860 GJ, und einer Betriebsdauer von 200 Tagen (1.600 Stunden). Die Preise sind in Euro (excl. Steuern) pro GJ angegeben und richten sich nach dem 1. Jänner jeden Jahres (Stichtag). - 1) 1996 = 100.

Einige Energieversorgungsunternehmen haben ihre quasi-monopolartige Marktposition auch in der Phase der Liberalisierung durch vertikale und horizontale Integration konserviert bzw. über Fusionen sogar noch ausgebaut. Während die negativen Wettbewerbseffekte der vertikalen Integration durch Entbündelung von Netz und Vertrieb relativ einfach in den Griff zu bekommen wären, haben die Fusionen im österreichischen Energiesektor das Problem der horizontalen Integration weiter verschärft. Über Beteiligungen einzelner Versorgungsunternehmen an beiden Energielösungen werden mit Strom und Gas die beiden wichtigsten Primärenergieträger "von einer Hand" kontrolliert und damit die wettbewerbspolitisch so wichtigste Existenz potentieller Substitutionsmöglichkeiten eingeschränkt.

Um die "Liberalisierungsdividende" nachhaltig zu sichern, werden Interventionen des Energieregulators in Bezug auf eine an den notwendigen Kosten orientierte Gestaltung der Netzgebühren sowie eine effektive Missbrauchsaufsicht der Energieunternehmen seitens der Bundeswettbewerbsbehörde notwendig sein.

### 2.3 Telekommunikationsmärkte: Spürbare Preissenkungen erreicht

Der Deregulierung im Telekommunikationssektor wird eine wichtige Rolle bei der Diffusion von IKT über niedrigere Zugangsentgelte zugeschrieben. Die österreichische Deregulierungserfahrung für Telekommunikationsdienstleistungen ist gemischt, kann aber im Allgemeinen aus der Sicht der Konsumenten als Erfolg gewertet werden. Durch die intensive Förderung des Dienstleistungswettbewerbs in der Festnetztelefonie sind die Telekomkosten in

Österreich deutlich gesunken (Übersicht 2.8). Während Ferngespräche einen wahren Preissturz erlebten, bleiben die Tarife für Ortsgespräche die höchsten in der gesamten EU. Aufgrund des Markteintritts einer Vielzahl von alternativen Telekombetreibern ist der Marktanteil des Marktführers Telekom Austria im europaweiten Vergleich der zweitniedrigste, gleich hinter Finnland (Übersicht 2.9). Die österreichische Regulierungspraxis begünstigt (noch immer) stark Telekombetreiber ohne eigene Infrastruktur, während Anbieter mit eigenen Netzen (Telekom Austria, UTA) demgegenüber benachteiligt sind. Eine Verschiebung der Regulierungspraxis vom Dienstleistungs- zum Infrastrukturwettbewerb zeichnet sich in Österreich zurzeit aber (noch) nicht ab.

Übersicht 2.8: Preise für Festnetz-Telefonie<sup>1)</sup>, in €

	1997	2003	2003 Index <sup>2)</sup>
Schweden	1,10	0,60	54,5
Luxemburg	0,74	0,62	83,8
Dänemark	1,43	0,74	51,7
Niederlande	1,29	0,82	63,6
Griechenland	3,90	1,08	27,7
Finnland	1,05	1,11	105,7
Belgien	2,70	1,12	41,5
Spanien	3,43	1,16	33,8
Österreich	4,36	1,23	28,2
Portugal	3,50	1,27	36,3
Irland	3,35	1,33	39,7
Frankreich	2,60	1,35	51,9
<b>EU (15 Länder)</b>	<b>2,74</b>	<b>1,39</b>	<b>50,7</b>
Italien	2,57	1,47	57,2
Deutschland	3,31	1,64	49,5
Großbritannien	2,11	1,69	80,1

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - 1) 10 Minuten Ortsgespräch + 10 Minuten Ferngespräch (Inland). - 2) 1997=100.

Übersicht 2.9: Festnetz - Marktanteil des Marktführers, in %

	2001	2002	2002 Index <sup>1)</sup>
Finnland	32,0	44,6	139,4
Österreich	50,0	45,0	90,0
Großbritannien	48,0	51,9	108,1
Schweden	69,0	58,0	84,1
Frankreich	62,0	59,6	96,1
Irland	59,0	59,6	101,0
Deutschland	64,0	60,0	93,8
Dänemark	74,0	67,4	91,1
Italien	73,0	69,2	94,8
<b>EU (15 Länder)</b>	<b>71,3</b>	<b>69,6</b>	<b>97,6</b>
Niederlande	76,0	75,0	98,7
Luxemburg	88,6	80,0	90,3
Spanien	84,0	80,2	95,5
Belgien	84,5	81,3	96,2
Portugal	90,0	90,9	101,0
Griechenland	99,0	95,0	96,0

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - 1) 2001 = 100.

## 2.4 Freie Berufe: Hoher Regulierungsgrad in Österreich

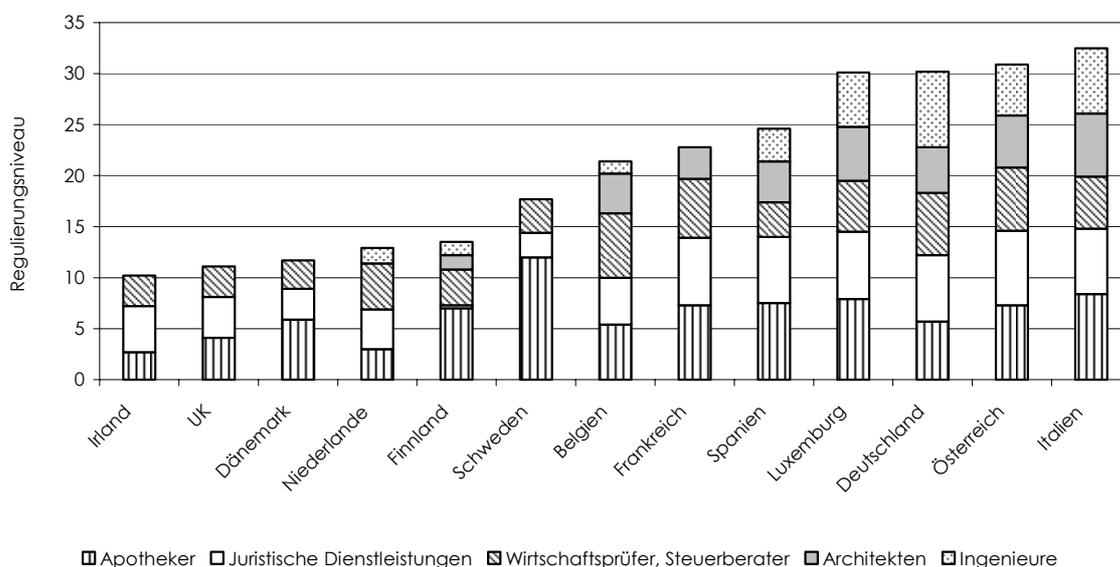
Die Bedeutung freiberuflicher Dienstleistungen für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist unbestritten. Obgleich die freien Berufe wichtige Inputs für den Unternehmenssektor bereitstellen und damit ein großes gesamtwirtschaftliches Interesse an kostengünstigen und hochqualitativen freiberuflichen Dienstleistungen besteht, ist der Wettbewerb in diesem Bereich nicht besonders ausgeprägt.

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftssektoren sind die freien Berufe von der Deregulierung bisher weitgehend ausgeklammert geblieben. Verbindliche Festpreise, Preisempfehlungen, Werbebeschränkungen, Zugangsbeschränkungen und Vorbehaltsaufgaben sowie Vorschriften für die zulässige Unternehmensform und die berufsübergreifende Zusammenarbeit stellen die häufigsten Wettbewerbsbeschränkungen im Bereich der freien Berufe dar (*Europäische Kommission, 2004, 5*), die von diesen selbst teilweise in Frage gestellt (z. B. Werbeverbote) bzw. mit Qualitätssicherung gerechtfertigt werden (z. B. Ausbildungsvorschriften). Die Verwirklichung des Binnenmarktes für Dienstleistungen einschließlich der Freien Berufe ist derzeit ein wichtiges europäisches Anliegen. Ungeachtet dieser europäischen Dimension des Problems ist die Regulierung der freien Berufe in Österreich besonders ausgeprägt. In einem europaweiten Vergleich vermag nur Italien Österreich diesbezüglich zu übertreffen (Abbildung 2.4).

Eine größere Vielfalt bei Preisen und Qualität sowie ein höheres Maß an Innovation bei freiberuflichen Dienstleistungen könnte entscheidend zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beitragen (Europäische Kommission, 2004, 9). Untersuchungen haben ergeben, dass sich die freien Berufe in Ländern mit einem geringeren Reglementierungsgrad sowohl hinsichtlich Beschäftigung als auch Wertschöpfung signifikant positiver entwickeln als in Ländern mit vergleichsweise hohen Regulierungsstandards (vgl. Paterson – Fink – Ogus, 2003).

Es ist anzunehmen, dass der wohlfahrtssteigernde Effekt einer Deregulierung der freien Berufe in einem Land mit einem besonders hohen Regulierungsniveau überdurchschnittlich ausfallen wird. Auf Grundlage einer Initiative der Europäischen Kommission sind auch in Österreich entsprechende Deregulierungsmaßnahmen zu erwarten.

Abbildung 2.4: Regulierung der freien Berufe in der Europäischen Union



Q: European Commission (2004). - Anmerkung: Daten für Griechenland und Portugal nicht verfügbar.

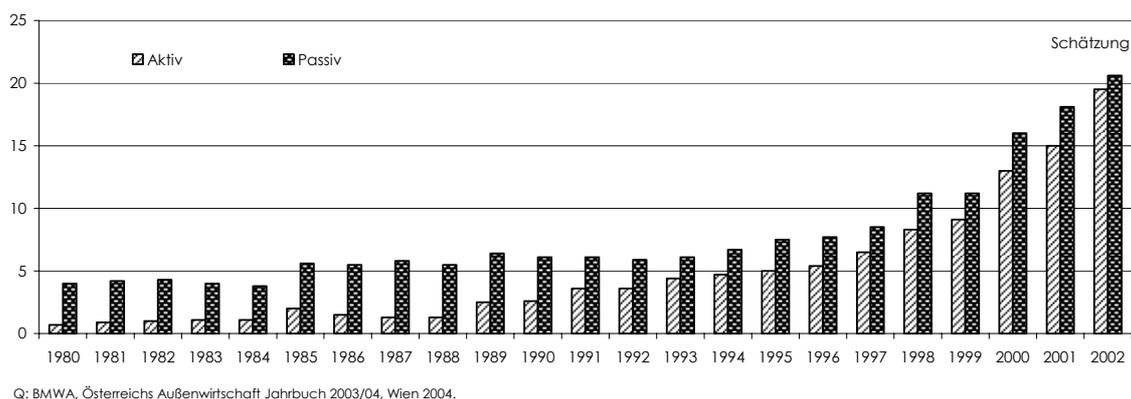
## 2.5 Folgerungen

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die empirische Evidenz für eine deutliche Belebung des Wettbewerbs auf den Produktmärkten in Österreich seit den 90er Jahre spricht. Getragen wurde diese Entwicklung im Wesentlichen von der verstärkten internationalen Integration, die für Österreich im Beitritt zur EU (1995) und zur WWU (1999) gipfelte, und den damit einhergehenden, "von außen induzierten" wettbewerbsorientierten Strukturreformen.

Seit Beginn der 90er Jahre "internationalisierte" sich die österreichische Wirtschaft im Einklang mit der Globalisierung der Weltwirtschaft in Form von steigenden Direktinvestitionen sowohl

aktiv- als auch passivseitig sehr stark (BMWA, 2004). Für das letzt verfügbare Jahr 2002 haben sowohl die aktiven als auch passiven Direktinvestitionsbestände ein historisches Hoch von 20% des BIP erreicht. Mithin konnte sich die Relation der aktiven Direktinvestitionsbestände im Verhältnis zum BIP seit 1990 fast versechsfachen, während sich diese Kennzahl für die passiven Direktinvestitionsbestände immerhin mehr als verdreifachte (Abbildung 2.5).

Abbildung 2.5: Direktinvestitionsbestände in Österreich (in % des BIP)



Die österreichischen Konsumenten konnten von der Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft und der schrittweisen Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes durch ein gesunkenes relatives Preisniveau profitieren. Während österreichische Haushalte im Jahr 1995 kaufkraftparitätenbereinigt noch 13% mehr als im Durchschnitt der EU 15 bezahlen mussten, waren die relativen Preise in Österreich 2002 nur mehr knapp 2% höher als im europäischen Durchschnitt (Übersicht 2.10).

Der Vergleich Österreichs mit den übrigen EU-Staaten erfolgt im nachstehenden Kapitel etwas umfassender, und zwar auf Basis der 14 Hauptindikatoren, die im Europäischen Rat für die Beurteilung des Umsetzungsstandes der Lissabon-Strategie laufend diskutiert werden.

Übersicht 2.10: Relatives Preisniveau (PPP)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 vorl.	2002 Index <sup>1)</sup>
Portugal	71,7	72,3	71,3	71,4	71,2	70,6	72,0	73,5	102,5
Griechenland	79,9	83,0	84,3	81,5	83,4	80,8	81,6	79,7	99,7
Spanien	84,1	85,9	83,6	83,1	81,3	81,8	82,1	82,4	98,0
Italien	82,4	91,0	91,9	91,0	90,7	90,4	92,2	94,6	114,8
Belgien	109,5	105,1	102,5	102,3	104,1	101,8	99,2	98,7	90,1
Frankreich	113,7	112,2	105,8	105,0	104,9	102,9	101,8	99,7	87,7
Luxemburg	110,7	106,0	103,0	102,5	98,1	97,1	99,4	99,7	90,1
<b>EU (15 Länder)</b>	<b>100,0</b>								
Österreich	112,8	108,4	104,0	103,5	100,4	98,2	99,0	101,6	90,1
Niederlande	105,8	102,4	99,0	99,4	100,7	100,2	100,3	101,8	96,2
Deutschland	114,6	109,6	105,8	105,3	104,0	101,6	103,3	104,0	90,8
Großbritannien	85,3	86,1	100,2	104,0	107,3	112,8	110,3	107,5	126,0
USA <sup>2)</sup>	84,2	85,5	95,1	96,2	100,1	114,6	118,9	113,4	134,7
Schweden	120,2	129,1	126,8	122,9	120,2	121,9	113,0	117,3	97,6
Irland	94,8	98,1	101,7	100,2	103,6	107,4	112,0	118,4	124,9
Finnland	129,4	123,5	119,6	118,3	119,1	118,3	118,5	122,7	94,8
Dänemark	133,7	131,1	126,9	125,7	123,1	123,0	126,2	130,7	97,8

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - 1) 1995 = 100. - 2) Schätzung.

### 3. Fortschritte bei den Strukturindikatoren

Die Strukturindikatoren sind die von den zuständigen EU-Gremien gewählten Kriterien, um die Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele der Gemeinschaft zu messen. Die 14 Leitindikatoren konzentrieren sich auf das erreichte Niveau in den EU-Mitgliedstaaten, die konjunkturelle Makroentwicklung wurde sinnvollerweise aus den strukturellen Kennzahlen eliminiert. Die Indikatoren sind politikrelevant, einfach zu verstehen und international einigermaßen vergleichbar. Einerseits erleichtern sie das Monitoring, andererseits bergen sie das Risiko, dass die Regierungen die wirtschaftspolitischen Ziele selbst aus dem Auge verlieren und sich auf das Erreichen von Indikatorwerten konzentrieren. Die gleiche Kritik kann allerdings gegen alle quantitativen Zielsetzungen (z. B. Maastricht-Kriterien) vorgebracht werden. Die Indikatoren sollten also nicht mechanisch gesehen, sondern durch eine qualitative Bewertung ergänzt werden.

Die strukturelle Wettbewerbsposition Österreichs in der EU lässt sich abschätzen, indem die 14 EU-Leitindikatoren für die Zielbereiche Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Innovation, Wirtschaftsreformen, soziale Kohäsion und Umwelt durch solche qualitativen Bewertungen ergänzt werden. Dabei sind die ersten vier Bereiche für die wirtschaftliche Situation besonders relevant. Die folgende Darstellung der EU-Strukturindikatoren stützt sich entscheidend auf die Studie von Walterskirchen (2004)<sup>1)</sup>, die hier auf den neuesten Datenstand gebracht wird. Die relative Position Österreichs und ihre Entwicklung seit 1999 werden im Folgenden für die sechs politischen Zielbereiche, denen die Strukturindikatoren gewidmet sind, im Einzelnen behandelt (vgl. hierzu die Übersichten 3.1 bis 3.4)<sup>2)</sup>.

#### 3.1 Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund

Die EU-Kommission hat zwei Indikatoren ausgewählt, um den Lebensstandard bzw. die Wirtschaftskraft eines Landes zu messen:

- das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, der gängige Maßstab für den Lebensstandard eines Landes. Durch die Berechnung in Kaufkraftparitäten werden die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern ausgeglichen und damit aussagefähige BIP-Volumenvergleiche ermöglicht.
- die Arbeitsproduktivität, gemessen am BIP je Beschäftigten zu Kaufkraftparitäten. Dieser Indikator soll die Wirtschaftskraft und technisch-organisatorische Potenz eines Landes widerspiegeln.

---

<sup>1)</sup> Eine englische Fassung dieser Studie ist im WIFO-Quarterly auf der WIFO-Homepage zu finden.

<sup>2)</sup> Weitere Daten zu den Strukturindikatoren finden sich im Anhang.

### Übersicht 3.1: Strukturindikatoren

	Österreich		EU15		EU25	
	1999	2003 <sup>1)</sup>	1999	2003 <sup>1)</sup>	1999	2003 <sup>1)</sup>
<b>Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund</b>						
1. BIP/Kopf in KKS <i>EU25 = 100</i>	125,6	121,5	110,5	109,6	100,0	100,0
2. Arbeitsproduktivität BIP/Erwerbst. in KKS <i>EU15 = 100</i>	98,7	98,4	100,0	100,0	92,1	93,3
<b>Beschäftigung</b>						
3. Beschäftigungsquote <i>In %</i>	68,6	69,2	62,5	64,4	–	–
4. Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger <i>In %</i>	29,7	30,4	37,1	41,7	36,2	40,2
<b>Innovation und Forschung</b>						
5. Bildungsstand Abschluss Sekundarbereich II <i>In %</i>	84,7	85,0	72,4	74,0	74,7	76,8
6. Ausgaben für F&E <i>In % des BIP</i>	1,86	1,90	1,92	1,98	1,88	1,93
<b>Wirtschaftsreform</b>						
7. Vergleichende Preisniveaus <i>EU15 = 100</i>	100,4	101,5	100,0	100,0	96,0	96,4
8. Unternehmensinvestitionen <i>In % des BIP</i>	21,8	20,8	17,9	17,2	17,8	–
<b>Sozialer Zusammenhalt</b>						
9. Armutsgefährdungsquote nach soz. Transfers <i>In %</i>	12,0	12,0	15,0	15,0	15,0	15,0
10. Streuung regionaler Beschäftigungsquoten <i>Variationskoeffizient</i>	2,3	2,4	14,0	12,7	13,4	13,5
11. Langzeitarbeitslosenquote (12M+) <i>In %</i>	1,2	1,1	4,0	3,3	4,1	4,0
<b>Umwelt</b>						
12. Emissionen von Treibhausgasen <i>1990 = 100</i>	105,2	110,0	96,7	98,0	–	–
13. Energieintensität der Wirtschaft <i>kg ROE / 1.000 EUR</i>	144,0	146,0	198,0	194,0	218,0	213,0
14. Güterverkehrsvolumen <i>1995 = 100</i>	111,0	119,9	102,3	102,4	–	–

Q: WIFO-Berechnungen. 1) Letztes verfügbares Jahr.

### Übersicht 3.2: Ranking Österreichs innerhalb der EU15

	1999	2000	2001	2002	2003	1999/ 2003
<b>Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund</b>						
1. BIP/Kopf in KKS	3	4 ↓	5 ↓	5 =	4 ↑	↓
2. Arbeitsproduktivität BIP/Erwerbst. in KKS	8	8 =	8 =	7 ↑	8 ↓	=
<b>Beschäftigung</b>						
3. Beschäftigungsquote	5	5 =	6 ↓	5 ↑	5 =	=
4. Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	11	12 ↓	12 =	12 =	12 =	↓
<b>Innovation und Forschung</b>						
5. Bildungsstand Abschluss Sekundarbereich II	3	3 =	4 ↓	3 ↑	4 ↓	↓
6. Ausgaben für F&E	8	8 =	7 ↑	7 =		↑
<b>Wirtschaftsreform</b>						
7. Vergleichende Preisniveaus	6	6 =	5 ↑	8 ↓		↓
8. Unternehmensinvestitionen	2	2 =	3 ↓	3 =	3 =	↓
<b>Sozialer Zusammenhalt</b>						
9. Armutsgefährdungsquote nach soz. Transfers	6	6 =	6 =			=
10. Streuung regionaler Beschäftigungsquoten	1	2 ↓	2 =	3 ↓		↓
11. Langzeitarbeitslosenquote (12M+)	3	3 =	4 ↓	3 ↑	4 ↓	↓
<b>Umwelt</b>						
12. Emissionen von Treibhausgasen	9	9 =	11 ↓			↓
13. Energieintensität der Wirtschaft	2	2 =	2 =			=
14. Güterverkehrsvolumen	11	11 =	11 =	11 =		=

Q: WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3.3: Ranking Österreichs innerhalb der EU25

	1999	2000	2001	2002	2003	1999/ 2003
<b>Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund</b>						
1. BIP/Kopf in KKS	3	4 ↓	5 ↓	5 =	4 ↑	↓
2. Arbeitsproduktivität BIP/Erwerbst. in KKS	8	8 =	8 =	7 ↑	8 ↓	=
<b>Beschäftigung</b>						
3. Beschäftigungsquote	5	5 =	6 ↓	5 ↑	5 =	=
4. Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	17	17 =	18 ↓	18 =	18 =	↓
<b>Innovation und Forschung</b>						
5. Bildungsstand Abschluss Sekundarbereich II	7	7 =	10 ↓	9 ↑	8 ↑	↓
6. Ausgaben für F&E	8	8 =	7 ↑			↑
<b>Wirtschaftsreform</b>						
7. Vergleichende Preisniveaus	16	16 =	15 ↑	18 ↓		↓
8. Unternehmensinvestitionen	5	6 ↓	8 ↓	8 =	7 ↑	↓
<b>Sozialer Zusammenhalt</b>						
9. Armutsgefährdungsquote nach soz. Transfers						
10. Streuung regionaler Beschäftigungsquoten						
11. Langzeitarbeitslosenquote (12M+)	3	3 =	4 ↓	4 ↑	4 ↓	↓
<b>Umwelt</b>						
12. Emissionen von Treibhausgasen	16	16 =	19 ↓			↓
13. Energieintensität der Wirtschaft	2	2 =	2 =			=
14. Güterverkehrsvolumen	18	18 =	18 =	18 =		=

Q: WIFO-Berechnungen. - Die unterlegten Bereiche markieren die Abweichung vom EU15-Ranking.

Übersicht 3.4A: Strukturindikatoren nach Ländern

	Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund				Beschäftigung			
	1. BIP/Kopf		2. Arbeitsproduktivität BIP/Erwerbstätigen		3. Beschäftigungs- quote (15-64 Jahre)		4. Beschäftigungs- quote Älterer	
	in KKS EU25 = 100		in KKS EU15 = 100		In %		In %	
	1999	2003	1999	2003	1999	2003	1999	2003
Luxemburg	209,0	209,2	143,9	131,9	61,7	62,7	26,4	30,0
Irland	122,8	131,4	112,7	118,6	63,3	65,4	43,7	49,0
Dänemark	127,9	123,9	96,9	98,9	76,0	75,1	54,5	60,2
<b>Österreich</b>	<b>125,6</b>	<b>121,5</b>	<b>98,7</b>	<b>98,4</b>	<b>68,6</b>	<b>69,2</b>	<b>29,7</b>	<b>30,4</b>
Niederlande	121,2	120,3	95,3	96,0	71,7	73,5	36,4	44,8
Großbritannien	113,7	119,4	90,4	96,1	71,0	71,8	49,6	55,5
Belgien	116,3	116,9	117,2	120,4	59,3	59,6	24,6	28,1
Schweden	119,0	115,8	100,0	97,6	71,7	72,9	63,9	68,6
Frankreich	114,8	113,9	115,6	115,1	60,9	63,2	28,8	36,8
Finnland	112,1	110,5	101,6	99,7	66,4	67,7	39,0	49,6
Deutschland	113,9	108,5	97,0	95,6	65,2	65,0	37,8	39,5
Italien	112,6	107,3	113,0	104,8	52,7	56,1	27,6	30,3
Spanien	92,3	95,8	95,0	96,0	53,7	59,7	35,0	40,8
Zypern	82,3	83,6	76,1	77,9	65,7	69,2	49,5	50,4
Griechenland	72,1	79,8	79,7	90,8	55,3	57,8	39,1	42,1
Slowenien	74,3	77,3	67,2	70,6	62,2	62,6	22,0	23,5
Portugal	77,6	75,2	64,6	64,4	67,5	67,2	50,3	51,1
Malta	77,9	73,7	88,4	82,1	54,2	54,2	28,5	32,5
Tschechien	66,0	69,0	56,5	60,8	65,6	64,7	37,5	42,3
Ungarn	52,8	61,0	56,4	63,6	55,6	57,0	19,4	28,9
Slowakei	47,4	51,4	49,0	54,8	58,1	57,7	22,3	24,6
Estland	41,5	49,0	39,0	45,8	61,5	62,9	47,5	52,3
Polen	46,2	46,4	45,9	50,2	57,6	51,2	31,9	26,9
Litauen	38,5	46,1	32,6	45,1	61,7	61,1	40,9	44,7
Lettland	36,2	45,5	35,1	43,4	58,8	61,8	36,6	44,1
EU25	100,0	100,0	92,1	93,3	-	-	36,2	40,2
EU15	110,5	109,6	100,0	100,0	62,5	64,4	37,1	41,7
Euro-Raum	109,3	107,2	102,2	101,0	60,3	62,5	33,8	37,8
USA	117,1	119,2	118,5	128,6				
Japan	157,3	160,9	87,9	95,3				

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3.4B: Strukturindikatoren nach Ländern

	Innovation und Forschung			
	5. Höchster erreichter Bildungsgrad Jugendlicher <sup>1)</sup> (20-24 Jahre) In %		6. Ausgaben für Forschung und Entwicklung  In % des BIP	
	1999	2003	1999	2001
Luxemburg	71,2	69,8	-	-
Irland	81,9	85,7	1,20	1,17
Dänemark	73,2	74,4	2,10	2,40
<b>Österreich</b>	<b>84,7</b>	<b>85,0</b>	<b>1,86<sup>2)</sup></b>	<b>1,90<sup>2)</sup></b>
Niederlande	72,3	73,3	2,02	1,89
Großbritannien	75,4	78,2	1,84	1,89
Belgien	76,2	81,3	1,96	2,17
Schweden	86,3	85,6	3,65	-
Frankreich	80,0	81,1	2,18	2,23
Finnland	86,8	85,2	3,23	3,41
Deutschland	74,6	73,3	2,44	2,51
Italien	66,3	69,9	1,04	1,11
Spanien	65,0	63,4	0,88	0,95
Zypern	83,4	82,2	0,25	0,27
Griechenland	79,5	81,7	0,67	0,64
Slowenien	85,8	90,7	1,44	1,57
Portugal	40,2	47,2	0,75	0,85
Malta	-	43,0		
Tschechien	91,8	92,0	1,23	1,22
Ungarn	85,2	85,0	0,69	0,95
Slowakei	93,3	94,1	0,66	0,64
Estland	83,0	81,4	0,75	0,78
Polen	81,6	88,8	0,70	0,64
Litauen	67,0	82,1	0,52	0,69
Lettland	74,6	74,0	0,40	0,44
EU25	74,7	76,8	1,88	1,93
EU15	72,4	74,0	1,92	1,98
Euro-Raum	71,5	72,9	1,87	1,91
USA			2,63	2,79
Japan			2,96	3,07

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. - 1) Mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss. - 2) Neuberechnung laut ST.AT 1999 1,91; 2001 2,07.

Übersicht 3.4C: Strukturindikatoren nach Ländern

	Wirtschaftsreform				Sozialer Zusammenhalt					
	7. Relatives Preisniveau		8. Unter- nehmens- investitionen		9. Armuts- gefährdungs- quote nach soz. Transfers		10. Streuung regionaler Beschäfti- gungsquoten		11. Langzeit- arbeitslosen- quote (12M+)	
	EU15 = 100		In % des BIP		In %		Variationskoeff.		In %	
	1999	2002	1999	2002	1999	2001	1999	2002	1999	2003
Luxemburg	98,1	99,7	19,4	17,4	13,0	12,0	-	-	0,7	0,9
Irland	103,6	118,3	20,7	17,8	19,0	21,0	-	-	2,4	1,5
Dänemark	123,1	130,7	18,1	18,9	11,0	10,0	-	-	1,0	1,1
Österreich	100,4	101,5	21,8	20,8	12,0	12,0	2,3	2,4	1,2	1,1
Niederlande	100,7	101,8	19,5	17,4	11,0	11,0	2,3	2,2	1,2	1,0
Großbritannien	107,3	107,5	16,0	15,2	19,0	17,0	7,1	6,6	1,7	1,1
Belgien	104,1	98,7	19,0	18,2	13,0	13,0	8,0	8,0	4,9	3,7
Schweden	120,2	117,3	14,1	13,4	9,0	9,0	5,0	4,6	1,9	1,0
Frankreich	104,9	99,7	16,2	16,3	15,0	15,0	7,1	6,2	4,2	3,5
Finnland	119,1	122,7	16,8	16,1	11,0	11,0	7,7	8,6	3,0	2,3
Deutschland	104,0	104,0	19,6	16,9	11,0	11,0	5,4	5,9	4,3	4,6
Italien	90,7	94,5	16,6	17,9	18,0	19,0	17,1	16,7	6,8	4,9
Spanien	81,3	82,4	20,8	21,8	19,0	19,0	10,7	9,2	5,9	3,9
Zypern	80,6	83,1	16,0	15,8	-	-	-	-	-	1,1
Griechenland	83,4	79,7	19,2	20,1	21,0	20,0	5,2	4,2	6,4	5,1
Slowenien	71,8	72,6	25,7	23,8	11,0	-	-	-	3,2	3,4
Portugal	71,2	73,5	23,1	21,5	21,0	20,0	2,6	2,3	1,8	2,2
Malta	68,6	71,9	0,8	-	-	-	-	-	-	3,5
Tschechien	-	53,1	24,0	22,9	-	8,0	5,6	5,7	3,1	3,8
Ungarn	44,9	54,9	20,5	-	-	10,0	9,1	9,5	3,3	2,4
Slowakei	38,7	43,5	26,7	24,3	-	-	8,1	7,3	7,8	11,1
Estland	51,3	56,1	20,6	24,0	17,0	18,0	-	-	5,0	4,6
Polen	48,0	57,4	20,5	15,4	15,0	15,0	4,8	7,3	5,8	10,7
Litauen	43,1	51,1	19,6	17,6	17,0	17,0	-	-	4,3	6,1
Lettland	45,9	50,4	21,7	22,7	16,0	16,0	-	-	7,6	4,3
EU25	96,0	96,4	17,8	-	15,0	15,0	13,4	13,5	4,1	4,0
EU15	100,0	100,0	17,9	17,2	15,0	15,0	14,0	12,7	4,0	3,3
Euro-Raum	97,4	97,2	18,5	17,8	15,0	15,0	13,3	12,2	4,6	3,9
USA	100,1	113,4								
Japan	164,0	152,3								

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3.4D: Strukturindikatoren nach Ländern

	Umwelt					
	12. Emissionen von Treibhausgasen  1990 = 100		13. Energie- intensität  kg ROE / 1.000 EUR		14. Güterverkehrs- volumen  1995 = 100	
	1999	2001	1999	2001	1999	2002
Luxemburg	55,4	56,0	193	191	88,8	110,0
Irland	124,0	131,0	181	161	121,3	133,0
Dänemark	105,1	100,0	132	125	93,2	84,7
<b>Österreich</b>	<b>105,2</b>	<b>110,0</b>	<b>144</b>	<b>146</b>	<b>111,0</b>	<b>119,9</b>
Niederlande	103,1	105,0	202	201	105,2	97,1
Großbritannien	86,9	88,0	234	225	93,8	86,2
Belgien	106,3	106,0	244	228	78,6	99,5
Schweden	99,3	97,0	238	229	91,1	90,2
Frankreich	100,6	100,0	192	189	104,1	95,6
Finnland	100,8	105,0	276	263	97,4	94,7
Deutschland	81,1	82,0	169	168	104,2	102,4
Italien	105,9	107,0	194	188	100,9	102,6
Spanien	129,0	133,0	227	227	111,7	137,4
Zypern	143,1	150,0	290	282	96,3	93,0
Griechenland	118,1	126,0	263	261	141,7	126,7
Slowenien	107,7	108,0	351	341	91,9	92,1
Portugal	134,9	136,0	247	238	115,9	125,5
Malta	125,5	129,0	332	269	-	-
Tschechien	73,1	77,0	928	940	96,1	99,7
Ungarn	99,9	97,0	648	584	99,6	91,4
Slowakei	72,4	69,0	952	1.017	61,2	61,6
Estland	45,2	45,0	1.469	1.361	176,2	177,0
Polen	71,1	68,0	779	643	85,1	69,8
Litauen	46,3	46,0	1.419	1.321	106,6	118,5
Lettland	43,8	36,0	935	901	116,7	123,3
EU25	-	-	218	213	-	-
EU15	96,7	98,0	198	194	102,3	102,4
Euro-Raum	-	-	192	190	104,3	105,8
USA	111,4	114,0	338	330	93,7	-
Japan	110,6	111,0	122	119	98,9	-

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Was den Lebensstandard bzw. das Pro-Kopf-Einkommen betrifft, liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Höher ist das Pro-Kopf-BIP nur in Luxemburg, Irland und Dänemark. Luxemburg ist als Kleinstaat, Finanzzentrum und Steueroase ein Ausnahmefall. In Irland geht das hohe BIP pro Kopf weitgehend auf Gewinne internationaler Konzerne zurück, die in andere Länder transferiert werden. Die Standortposition Irlands ist zwar günstig, doch schlägt sich dies im Lebensstandard nur teilweise nieder.

Österreich zählt mit Dänemark, den Niederlanden, Großbritannien und Irland zu den Ländern mit dem höchsten BIP pro Kopf in der EU – und das schon im ganzen letzten Jahrzehnt. Deutschland hat seine gute Position mit der Wiedervereinigung verloren. Schweden ist mit der massiven Abwertung Anfang der neunziger Jahre zurückgefallen, und Finnland hat nach der schweren Krise in den neunziger Jahren trotz hoher Wachstumsraten noch nicht zur Ländergruppe mit dem höchsten Lebensstandard aufgeschlossen. Weit überdurchschnittlich ist das Pro-Kopf-Einkommen in Europa in den Nicht-EU-Ländern Norwegen und Schweiz.

Der Vergleich des Pro-Kopf-BIP der einzelnen Länder kann dadurch verzerrt sein, dass die Schwarzarbeit nur zum Teil und die Haushaltsarbeit nicht erfasst sind. Das BIP von Ländern mit einem hohen Anteil von nicht in der VGR erfasster Schwarzarbeit und nicht marktorientierter Haushaltsarbeit ist gedrückt. Es gibt aber keinen besseren Gesamtindikator zur Erfassung des wirtschaftlichen Standards.

Seit 1999 hat sich die relative wirtschaftliche Position Österreichs, gemessen am BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, leicht verschlechtert. Der Vorsprung gegenüber dem EU 25-Durchschnitt ging von 25,6% auf 21,5%, jener gegenüber dem EU 15-Durchschnitt von 13,7% auf 10,9% zurück. Österreich fiel im Lebensstandard von Platz 3 im Jahr 1999 auf Platz 4 (2003) zurück. Nach den vorliegenden Prognosen ist für 2005 nur Platz 5 zu erwarten. Irland und Niederlande haben Österreich bezüglich des BIP pro Kopf überholt, die Niederlande sind aber seit 2003 wieder zurückgefallen. Nach den vorliegenden Prognosen dürfte Großbritannien 2005 einen Platz vor Österreich erobern. Die Unterschiede im Lebensstandard zwischen diesen Ländern sind jedoch relativ gering und statistisch kaum signifikant – insbesondere wenn man die Probleme der Kaufkraftberechnung berücksichtigt.

Die leichte Verschlechterung der relativen Position Österreichs gegenüber dem EU-Durchschnitt lässt sich vor allem mit zwei Faktoren erklären: Die österreichische Wirtschaft ist seit 1999 durch die schwache wirtschaftliche Performance der großen Nachbarländer Deutschland und Italien in Mitleidenschaft gezogen worden. Weiters hatten die Bemühungen zur Budgetkonsolidierung in Österreich kurzfristig Wachstumseinbußen zur Folge, mittelfristig sollten sich daraus jedoch Vorteile ergeben. Ähnliches gilt für die Pensionsreform, deren Auswirkungen in den Strukturindikatoren jedoch nicht zum Ausdruck kommen. Wahrscheinlich haben sie kurzfristig sogar leicht negative Auswirkungen auf das BIP pro Kopf, weil sie den privaten Konsum kurzfristig etwas dämpfen können. Weiters sollte erwähnt werden, dass es für ein Land in einer Spitzenposition schwierig ist, den Abstand gegenüber dem EU-Durchschnitt

zu halten, weil Länder mit geringerem Lebensstandard im Konvergenzprozess aufholen. Das ist ein erwünschter Prozess, der insbesondere für die neuen Beitrittsländer gilt.

Der zweite wirtschaftliche Leitindikator der EU-Kommission zur Beurteilung der Wirtschaftskraft und -effizienz ist die Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen). Diese wird von Eurostat ähnlich wie das Pro-Kopf-BIP zu Kaufkraftparitäten, nicht zu Wechselkursen gerechnet. Das ist unüblich, weil die Arbeitsproduktivität meist für Fragestellungen herangezogen wird, die den Wettbewerb und die Standortqualität betreffen. Die Arbeitsproduktivität spielt beim Vergleich zwischen der europäischen und der US-Wirtschaft eine große Rolle. Für Berechnungen der Arbeitsproduktivität wäre das Arbeitsvolumen adäquater als die Beschäftigung, dafür liegen jedoch keine sehr verlässlichen internationalen Vergleichsdaten im Zeitverlauf vor.

Die Arbeitsproduktivität liegt in Österreich nach den vorliegenden Eurostat-Daten um gut 5% über dem EU 25-Durchschnitt, aber nur im Mittelfeld der EU 15 (um rund 2% niedriger als im EU 15-Durchschnitt<sup>3</sup>). Das unterschätzt jedoch die tatsächliche Position Österreichs. Andere Untersuchungen (*Aiginger et al., 2001; Aiginger 2004*) zeichnen ein günstigeres Bild der Arbeitsproduktivität in Österreich - insbesondere in der Sachgütererzeugung, wo es verlässlichere Daten gibt. Die Probleme der Produktivitätsvergleiche hängen vor allem mit der eingeschränkten internationalen Vergleichbarkeit der Beschäftigungsstatistiken zusammenhängen. Diese sind durch unterschiedliche Anteile von Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung sowie andere Faktoren stark beeinflusst<sup>4</sup>). Zwischen 1999 und 2003 hat sich das BIP je Beschäftigten in Österreich ähnlich wie im Durchschnitt der EU-Staaten entwickelt, Österreich blieb auf Rang 8 unter den EU-Staaten.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Das wirtschaftliche Niveau Österreichs ist dem EU-Spitzenfeld zuzuzählen. Seit 1999 hat sich relative Position Österreichs bezüglich des Pro-Kopf-Einkommens etwas verschlechtert, bezüglich der Arbeitsproduktivität blieb sie unverändert.

### **3.2 Arbeitsmarkt**

Die Beschäftigungsquote - gemessen an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren - stellt den umfassendsten verfügbaren Arbeitsmarktindikator dar. Beim Europäischen Rat in Lissabon wurde das Ziel festgelegt, die Beschäftigungsquote in der EU bis 2010 auf 70% zu steigern, derzeit liegt sie bei 64%. Österreich liegt bezüglich der Beschäftigungsquote mit 69% über dem EU-Durchschnitt, aber im Ranking nur im EU-Mittelfeld.

---

<sup>3</sup>) Die Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde liegt in Österreich nach Eurostat-Schätzungen um rund 2% über dem EU-Durchschnitt, aber weit niedriger als in Frankreich, den Benelux-Ländern und Irland. Auch gegenüber diesen Schätzungen ist große Vorsicht angebracht, die Unterschiede zwischen den Ländern sind nicht plausibel erklärbar.

<sup>4</sup>) Zwischen den beiden wirtschaftlichen Leitindikatoren kann eine Beziehung hergestellt werden: Das Pro-Kopf-BIP lässt sich statistisch in zwei Komponenten zerlegen: die Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen) und die gesamte Erwerbsbeteiligung (Beschäftigung bezogen auf die Gesamtbevölkerung). Letztere Größe liegt in Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt - wohl wegen der starken Zuwanderung von Arbeitskräften.

Das duale Ausbildungssystem in Österreich hebt die Beschäftigungsquote in Österreich spürbar an. Die rund 120.000 Lehrlinge werden zu den Beschäftigten gezählt, sie steigern die Beschäftigungsquote um rund 2½ Prozentpunkte. In den meisten anderen EU-Ländern gehen die Jugendlichen im vergleichbaren Alter zur Schule.

Auch die relativ langen Karenzzeiten treiben die Beschäftigungsquote in Österreich im internationalen Vergleich in die Höhe. Karenzzeiten bei aufrechtem Arbeitsverhältnis (etwa bei Mutterschaft) werden in die Beschäftigung eingerechnet. Allein durch die Verlängerung der Karenzzeit im Zuge der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes stieg die Zahl der Leistungsbezieher kräftig an. Die in den EU-Strukturindikatoren ausgewiesene Beschäftigungsquote der Frauen nahm deshalb 2002 stark zu, gleichzeitig drückte dies die Produktivitätsentwicklung (BIP je Erwerbstätigen). Auch die Teilzeitbeschäftigung beeinflusst die relative Position eines Landes maßgeblich. Der hohe Anteil von Teilzeitbeschäftigten in den Niederlanden und den skandinavischen Ländern steigert dort die Beschäftigungsquote. Wegen institutioneller Unterschiede ist also die Beschäftigungsquote international nur begrenzt vergleichbar. Die Versuche, ein Arbeitsvolumen (Produkt aus Erwerbstätigkeit und Arbeitszeit) und eine Beschäftigung zu Vollzeitäquivalenten zu rechnen, haben bisher noch nicht zu so verlässlichen Ergebnissen für alle Länder geführt, dass die internationale Vergleichbarkeit hinreichend gewährleistet wäre.

Zwischen 1999 und 2003 stieg die Beschäftigungsquote in Österreich von 68,8% auf 69,2%, allerdings im Wesentlichen infolge der höheren Zahl karenzierter Beschäftigter (Kinderbetreuungsgeld). In der EU erhöhte sich die Beschäftigungsquote wesentlich stärker: von 62,5% auf 64,4%. Im Nationen-Ranking blieb Österreich am 5. Platz. Bei Eurostat wird derzeit sinnvollerweise eine Eliminierung der karenzierten Personen aus der Beschäftigungsstatistik diskutiert. Das würde die relative Position Österreichs bezüglich der Beschäftigungsquote schwächen, hinsichtlich der Produktivität verbessern.

Als zweiten zentralen Arbeitsmarktindikator zieht die EU-Kommission die Beschäftigungsquote älterer Personen heran. Diese hat im Zusammenhang mit der langfristigen Finanzierbarkeit der Pensionssysteme besondere Bedeutung erlangt. Auch im Falle eines künftigen demographisch bedingten Rückgangs des Arbeitskräfteangebots lassen sich Frühpensionisten kaum mehr in den Arbeitsprozess eingliedern. Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer hat überdies an politischer Bedeutung gewonnen, da der Europäische Rat in Stockholm eine Erhöhung auf 50% bis 2010 als Ziel festlegte. In Österreich ist die Beschäftigungsquote älterer Personen mit rund 30% außerordentlich niedrig, gemeinsam mit Belgien und Italien zählt sie zu den niedrigsten in Europa. Wenn Österreich das EU-Ziel erreichen wollte, müsste es also die Beschäftigungsquote Älterer bis 2010 um 20 Prozentpunkte steigern.

Zwischen 1999 und 2003 konnte die Beschäftigungsquote älterer Personen in Österreich leicht gesteigert werden: von 29,7% auf 30,4%. Dennoch lag Österreich im EU 25-Vergleich 2003 diesbezüglich nur auf Platz 18, im EU 15-Vergleich auf Platz 12 – jeweils einen Rang schlechter als 1999. In den baltischen Staaten und in Tschechien ist die Beschäftigungsquote älterer

Personen höher als in Österreich. In der EU 15 nahm die Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger 1999-2003 weit stärker als in Österreich zu: von 37,1% auf 41,7% zu. Infolge der beschlossenen Pensionsreform wird die Beschäftigungsquote älterer Personen jedoch in Österreich mittelfristig steigen.

Man kann die Situation im Arbeitsmarktbereich so zusammenfassen: Bezüglich der Beschäftigungsquote nimmt Österreich eine relativ günstige Position ein (durch statistische Definitionen begünstigt), seit 1999 ist dieser Indikator jedoch deutlich schwächer gestiegen als in der EU. Was die Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger betrifft, ist Österreich Nachzügler in der EU. Die leichte Steigerung zwischen 1999 und 2003 reichte nicht aus, um mit jener in der EU mitzuhalten.

### **3.3 Bildung und Forschung**

Bildung, Innovation und Forschung sind zentrale Elemente einer Wachstumsstrategie. In diesen Bereichen kann jedoch in der Regel nur der Input – nicht der induzierte Output – gemessen werden. Man muss davon ausgehen, dass eine Steigerung des Input bis zu einem Jahrzehnt brauchen kann, um den wirtschaftlichen Output zu erhöhen.

Der wirtschaftspolitische Zielbereich Bildung wird in den EU-Leitindikatoren durch den Bildungsstand der Jugendlichen (20 bis 24 Jahre) repräsentiert. Der höchste erreichte Bildungsgrad wird definiert als Prozentsatz der Jugendlichen mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss. Nach diesem Indikator nimmt Österreich einen Spitzenplatz (4. Rang) in der EU 15 ein. 85% der Jugendlichen in Österreich haben die Sekundarstufe II abgeschlossen, im EU-Durchschnitt sind es 74%. Mittlere und höhere Schulen, aber auch berufsbildende Pflichtschulen für Lehrlinge und polytechnische Lehrgänge sind hier inkludiert. Innerhalb der EU 25 liegt Österreich bezüglich des Bildungsstands an 8. Stelle. Am höchsten ist das Bildungsniveau nach diesem Indikator in der Slowakei, Tschechien, Slowenien und Polen. Das lässt Zweifel aufkommen, inwieweit dieser Input-Indikator auch für den Output repräsentativ ist.

Zwischen 1999 und 2003 hat sich der Anteil der Jugendlichen mit Sekundarabschluss in Österreich geringfügig erhöht: von 84,7% auf 85%. Innerhalb der EU 15 hat sich Österreich vom 3. auf den 4. Rang leicht verschlechtert. Österreich wurde von Irland im Ranking überholt, nimmt aber nach wie vor einen Spitzenplatz ein. Gemessen an den 25 EU-Staaten lag Österreichs Position ebenfalls um einen Rang schlechter als 1999.

Die F&E-Quote wird als wichtige Kennzahl für Forschung und Innovation herangezogen. Diese zeigt die Forschungsanstrengungen, die in den einzelnen Mitgliedsstaaten unternommen werden, ohne jedoch Bezug auf die Erfolge dieser Forschung nehmen zu können. Es handelt sich also auch hier um einen Input-Indikator. Gemessen an dieser Quote nimmt Österreich einen Platz im Mittelfeld von 15 EU-Staaten (7. Rang) ein, geringfügig unter dem EU 15-Durchschnitt. In Österreich wurden laut (alten) Eurostatdaten 2002 1,9% des BIP für Forschung

und Entwicklung (neu: 2,2%) ausgegeben, im EU 15-Durchschnitt waren es etwa 2%. Spitzenreiter sind auch hier wieder die skandinavischen Länder. Das erklärte Ziel der österreichischen Bundesregierung ist, die F&E-Quote bis 2006 auf 2,5% und bis 2010 auf 3% des BIP zu steigern. Die neuesten österreichischen Daten zeigen einen spürbaren Anstieg der F&E-Quote von 1,91% (1999) auf 2,19% (2002) und 2,27% im Jahr 2004.

Man kann also zusammenfassen: Der Anteil der Absolventen der Sekundarstufe II liegt in Österreich im Spitzenfeld der EU 15, er hat sich seit 1999 noch geringfügig erhöht. Es sollte aber noch mehr im Bildungsbereich getan werden, um das hohe Pro-Kopf-Einkommen langfristig zu halten. Was den Bereich Innovation betrifft, nimmt Österreich nur eine mittlere Position in der EU ein. Das hängt sicherlich in hohem Maß mit der Wirtschaftsstruktur und dem Fehlen großer heimischer Konzerne zusammen. Internationale Großkonzerne konzentrieren ihre Forschung gewöhnlich am Stammsitz. Eine Headquarter-Politik kann deshalb zur Verbesserung der relativen Position beitragen.

### **3.4 Wirtschaftsreformen**

In der EU wurden strukturelle Reformen auf allen Märkten in Gang gesetzt. Geeignete Indikatoren für Wirtschaftsreformen sollen deshalb die Offenheit und Wettbewerbsintensität in den EU-Staaten repräsentieren.

In der Liste der 14 Leitindikatoren finden sich zwei, welche die Wirtschaftsreformen beleuchten sollen: das relative Preisniveau des privaten Konsums und die Investitionsquote der Unternehmen. Das relative Preisniveau soll über das Ausmaß des Wettbewerbs und der Marktintegration Aufschluss geben, das durch die Liberalisierungen und Deregulierungen erreicht wurde. Dieser Indikator hängt jedoch so stark vom wirtschaftlichen Niveau eines Landes ab, dass er nicht das misst, was er zu messen vorgibt. Die Länderdaten zeigen, dass das Preisniveau in den weniger entwickelten südeuropäischen Ländern niedrig ist, weil dort international nicht gehandelte Dienstleistungen noch billig sind. In den wirtschaftlich hoch entwickelten skandinavischen Ländern ist das Preisniveau für solche Dienstleistungen entsprechend hoch. Darüber hinaus sind in diesem Indikator auch unterschiedliche Verbrauchssteuersätze enthalten. Aus dem relativen Preisniveau des privaten Konsums einen höheren Grad von Deregulierung in den wirtschaftlich weniger entwickelten südeuropäischen Staaten und mangelnde Liberalisierung in den hoch entwickelten Ländern abzuleiten, wäre ein Fehlschluss.

Bezüglich des relativen Preisniveaus des privaten Konsums hat sich Österreichs Position in der EU 15 zwischen 1999 und 2002 vom 6. auf den 8. Rang verschlechtert. Dies hat jedoch keine Aussagekraft für die Durchführung von Wirtschaftsreformen. Um diese zu messen, wäre es wesentlich sinnvoller, die Preise in deregulierten Bereichen (Telefon, Strom, Internet-Flat-Rate) zu vergleichen. Innerhalb der EU 25 nehmen die Beitrittsländer die 10 Spitzenränge bezüglich des relativen Preisniveaus ein. Daraus zu schließen, dass alle diese Länder in Bezug auf

Wettbewerbsintensität und Wirtschaftsreformen besonders fortgeschritten sind, wäre wohl ein Fehler.

Die Investitionsquote der Unternehmen ist zweifellos ein wichtiger wirtschaftlicher Indikator. Hohe betriebliche Investitionen zeigen, dass die Unternehmen günstige Rahmenbedingungen vorfinden, die das Wachstum der Produktionskapazitäten anregen. In hochentwickelten Industrieländern sind jedoch die immateriellen Investitionen hoch, in weniger entwickelten die Bauinvestitionen. Beispielsweise ist in Schweden und Finnland die Investitionsquote niedrig, aber die Produktivität der Investitionen, die auf den IKT-Bereich konzentriert sind, sehr hoch. In Portugal und Spanien ist umgekehrt die Investitionsquote sehr hoch, aber die Produktivität der auf den Bau konzentrierten Investitionen niedrig.

Österreich nimmt bezüglich der Unternehmensinvestitionen mit 21% einen Spitzenplatz (3. Rang) innerhalb der EU 15 ein, die Kapitalproduktivität (Output je Kapitaleinheit) ist jedoch relativ gering. Seit 1999 hat sich Österreichs Position um einen Platz verschlechtert. Dies ist wirtschaftspolitisch jedoch weniger relevant als das ungünstige Verhältnis zwischen materiellen und immateriellen Investitionen. Letztere sind in Österreich zu niedrig.

Die Investitionsquote ist jedenfalls kein guter Indikator, um Wirtschaftsreformen zu messen. Sie ist in den neuen Beitrittsländern und in Südeuropa am höchsten, weil sich diese Länder in einem wirtschaftlichen Aufholprozess befinden und die Bautätigkeit sehr hoch ist. In modernen Industriestaaten, die den Übergang zu IK-Technologien und immateriellen Investitionen geschafft haben, ist die Investitionsquote dagegen niedrig.

Als Indikator für den Strukturwandel können eher die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien herangezogen werden. Hier liegt Österreich im EU 15-Mittelfeld. Die IKT-Ausgaben betragen laut Eurostat-Daten in Österreich – ähnlich wie im EU 15-Durchschnitt – rund 3% des BIP.

Die Überlegungen zum Bereich Wirtschaftsreformen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Österreich nimmt bezüglich der Investitionsquote einen hohen und bezüglich des relativen Preisniveaus einen mittleren Rang ein. Die Position Österreichs hat sich bei diesen Indikatoren seit 1999 etwas verschlechtert. Das hat jedoch wenig wirtschaftspolitische Relevanz, weil diese Indikatoren nicht geeignet sind, den Erfolg von Wirtschaftsreformen zu messen.

### **3.5 Sozialer Zusammenhalt**

Der Europäische Rat von Lissabon hat den sozialen Zusammenhalt als wichtige europäische Zielsetzung definiert. Die Bedeutung dieses Ziels wurde noch verstärkt durch die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zu nationalen Aktionsplänen gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Das Armutsrisiko nach staatlicher Umverteilung ist deshalb auch der erste Leitindikator, den die Kommission und der Rat zur Beurteilung der sozialen Kohäsion ausgewählt haben. Als

"arm" gilt jemand, der weniger als 60% des verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens ("Armutsschwelle") verdient. In Österreich liegt dieser Prozentsatz mit 12% deutlich unter dem EU 15-Durchschnitt (15%). Österreich rangiert damit im Vergleich der EU 15 nur im oberen Mittelfeld (6.Rang), die Unterschiede sind jedoch so gering, dass ein Ranking wenig Sinn macht. Die relative Position Österreichs bezüglich der Armutsgefährdung blieb zwischen 1999 und 2001 unverändert. (Aktuellere vergleichbare Daten sind derzeit nicht verfügbar.)

Die Armutsgefährdungsquoten sind mit großer Vorsicht zu interpretieren. Nach den vorliegenden Daten wäre die Armutsgefährdung in den meisten neuen Beitrittsländern besonders gering, in Tschechien beispielsweise niedriger als in Schweden. Das ergibt sich aus der Berechnungsmethode, wird jedoch der tatsächlichen Problematik nicht gerecht.

Die regionale Kohäsion wird an der Streuung der Beschäftigungsquoten gemessen. Im internationalen Vergleich ist die regionale Streuung zwar stark durch Größe und Geographie eines Landes bestimmt, im zeitlichen Verlauf kann sie jedoch auch von der Politik beeinflusst werden. Österreich nimmt in Bezug auf den regionalen Zusammenhalt einen Spitzenplatz in der EU ein, ist jedoch zwischen 1999 und 2002 vom 1. auf den 3. Rang zurückgefallen. Es hat jedoch wenig politische Relevanz, dass sich dieser Indikator in Portugal und Griechenland geringfügig verbessert hat, in Österreich dagegen annähernd gleich geblieben ist.

Die Langzeitarbeitslosenquote wird als weiterer Indikator des sozialen Zusammenhalts herangezogen. Sie ist in Österreich sehr niedrig (1,1% im Jahr 2003) und gegenüber 1999 sogar noch geringfügig zurückgegangen. Auch hier steht Österreich im internationalen Vergleich sehr gut da – allerdings erkauft durch einen relativ frühen Pensionsantritt.

Man kann also zusammenfassen: Im Bereich der sozialen Kohäsion nimmt Österreich – ähnlich wie beim wirtschaftlichen Niveau – einen Spitzenplatz in der EU ein. Das gilt insbesondere für die niedrige Langzeitarbeitslosigkeit und die geringe Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten. Auch das Armutsrisiko ist geringer als im EU-Durchschnitt, aber trotz des gut ausgebauten Sozialstaats nicht Spitze. Das Kinderbetreuungsgeld trug zuletzt zur Verringerung des Armutsrisikos bei.

### **3.6 Umwelt**

Ökologisch nachhaltiges Wachstum ist ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik. Die Erfassung der Umwelt in den EU-Strukturindikatoren ist jedoch relativ neu und vielleicht noch nicht völlig ausgereift. Während in allen anderen Bereichen Niveaus bzw. Relationen als Indikatoren verwendet werden, stellen zwei der drei ausgewählten Umweltindikatoren auf die längerfristige Entwicklung ab.

Österreich wird durch die Auswahl von Entwicklungs- statt Niveauindikatoren benachteiligt. Denn Österreich hat hohe Umweltstandards erreicht, eine weitere relative Verbesserung im internationalen Vergleich ist von diesem Niveau aus nur schwer erreichbar.

Der wichtigste Strukturindikator im Umweltbereich ist die Entwicklung der Gesamtemissionen von Treibhausgasen. Die EU hat unter dem Kyoto-Protokoll einer Reduzierung seiner Treibhausgasemissionen um 8% bis 2008-2012 (im Vergleich zu 1990) zugestimmt. Das Ziel für Österreich ist besonders hoch gesteckt: eine Reduzierung um 13%.

In Österreich sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 1999 und 2001 von relativ niedrigem Niveau um 5% gestiegen, die Erreichung des Kyoto-Ziels (-21% ab 2001) steht in weiter Ferne. Bezüglich der Entwicklung der Treibhausgasemissionen liegt Österreich weit abgeschlagen an 19. Stelle in der EU 25, an 11. Stelle in der EU 15. Ein wichtiger Grund dafür ist die Entwicklung des Güterverkehrs: Zwischen 1999 und 2002 ist das Güterverkehrsvolumen (gemessen am BIP) in Österreich um 8% gestiegen, in der EU 15 dagegen konstant geblieben. Österreich liegt damit an 18. Stelle in der EU 25, an 11. Stelle in der EU 15. Im Vergleich zu 1999 hat sich das Ranking Österreichs bezüglich der Treibhausgase verschlechtert, bezüglich des Güterverkehrsvolumens blieb sie unverändert.

Der Transitverkehr hat im Zuge der Ostöffnung stark zugenommen, die Einführung der Lkw-Maut dürfte die Verkehrsentwicklung jedoch bremsen. Aus umweltpolitischer Sicht wäre die Entwicklung des Straßengüterverkehrs ein geeigneterer Indikator als der gesamte Güterverkehr (einschl. Bahn und Pipelines).

Ein weiterer vom Rat und der Kommission ausgewählter Umweltindikator ist die Energieintensität. Hier wird im Gegensatz zu den anderen zwei Umweltindikatoren das Niveau gemessen. In Österreich ist der Energieverbrauch in Prozent des BIP niedrig, am zweitgünstigsten in der EU 15. Mehrere Faktoren tragen dazu bei: Die Energieintensität der Wirtschaft hängt in erster Linie von der Wirtschaftsstruktur eines Landes ab. Der hohe Anteil der Wasserkraft drückt den Energieverbrauch der Elektrizitätswirtschaft in Österreich. Außerdem hat die Politik in Österreich seit vielen Jahren Kraft-Wärme-Kopplungen und Fernwärme gefördert.

Die relative Position Österreichs im Umweltbereich lässt sich folgendermaßen umreißen: In Österreich ist das Niveau der Treibhausgasemissionen relativ niedrig, die Entwicklung jedoch ungünstig. Mitschuld an der Verschlechterung ist der starke Anstieg des Güterverkehrs. Österreich hat damit seine Position als "Umweltvorzeigeland" eingebüßt. Die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und des Güterverkehrs stellen eine große Herausforderung für die Umweltpolitik dar.

#### 4. Zusammenfassung

Österreich hat seit 1999 seine **gute wirtschaftliche Position gehalten**, sich **aber nicht besonders dynamisch** entwickelt. Im Gegensatz zu früheren Jahren sind die Wachstumsraten des BIP und des BIP pro Kopf seit Mitte der neunziger Jahre kaum noch über den Durchschnitt der EU 15 hinausgekommen. Eine der Ursachen hierfür liegt auf der Nachfrageseite: Österreich ist wirtschaftlich nach wie vor eng mit *Deutschland* verknüpft, die deutsche Wirtschaftskrise bleibt daher nicht ohne Wirkung auf Österreich. Ein zweiter Grund ist in der fiskalischen *Konsolidierung* zu sehen, die das Wachstum der Inlandsnachfrage temporär begrenzte. Ein dritter Grund schließlich liegt im späten Anlaufen mancher Strukturreformen, das in einigen Bereichen (z.B. in der Energiewirtschaft) durch forcierte Reformanstrengungen wettgemacht wurde und damit ebenfalls temporär Wachstumseinbußen kostete.

**Mittelfristig** sind die Wachstumsaussichten für Österreich positiv einzuschätzen. Die Budgetkonsolidierung verzögert sich zwar aus konjunkturellen Gründen, doch ist ihre schwierigste Phase wohl überwunden. Die anstehenden Strukturreformen sind zum großen Teil abgeschlossen und die unmittelbaren Anpassungskosten laufen allmählich aus. Zudem lässt die empirische Evidenz auf eine deutliche Belebung des Wettbewerbs auf den Produktmärkten schließen. Bevorstehende Reformvorhaben, wie die Harmonisierung der Pensionssysteme, die Neugestaltung der Forschungsförderung oder die weitere Verbesserung des Wettbewerbskontrollregimes sollten längerfristig per Saldo nicht wachstumshemmend wirken. Das WIFO geht daher in seiner mittelfristigen Prognose bis 2008 (*Baumgartner et al., 2004*) davon aus, dass die österreichische Wirtschaft angesichts der sich abzeichnenden Verbesserung der internationalen Konjunktur ihr Wachstumspotential zunehmend wird ausschöpfen können. Insgesamt sprechen die genannten Indikatoren dafür, dass das mittelfristige Wirtschaftswachstum in Österreich etwas über dem Durchschnitt der Eurozone liegen wird.

Gemessen an der Lissabon-Agenda hat Österreich seit 2000 in vielen Reformbereichen **sichtbare Fortschritte** vorzuweisen, am eindrucksvollsten in den Bereichen Pensionsreform, Steuerreform, Wettbewerbskontrolle, Liberalisierung der Netzwerkindustrien, Privatisierung, Arbeitsmarktflexibilität, Incentives für F&E sowie Erleichterung der Unternehmensgründung. In den meisten dieser Bereiche hatte Österreich traditionell Anpassungsdefizite, die teilweise mit der konsensualen Entscheidungsfindung der Wirtschaftspolitik unter Einbindung der Sozialpartner zusammenhängen. Die Verwirklichung des EU-Binnenmarktes, der Cardiff-Prozess und letztlich die Lissabon-Strategie haben den Aufholbedarf Österreichs deutlich hervortreten lassen und wesentlich zur Bewusstseinsbildung und Beschleunigung der Entscheidungen in diesen Politikbereichen beigetragen. Zuletzt hat dies auch der

Internationale Währungsfonds anerkannt<sup>5)</sup>. Im Jahresbericht 2004 des Wirtschaftspolitischen Ausschusses über Strukturreformen (*Economic Policy Committee, 2004*) wird Österreich ebenfalls attestiert, eine Reihe wichtiger Strukturreformen eingeleitet zu haben, darunter die Pensionsreform, die Steuerreform 2004/05, der 2003 gesetzte Schritt zu einer weiteren Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und die Maßnahmen zur Anhebung der Forschungsquote.

Auch in der vorliegenden Arbeit wird dokumentiert, dass Reformen in allen wichtigen Bereichen der Lissabon-Strategie eingeleitet wurden. Mit wenigen Ausnahmen (Steuerreform, Liberalisierung von Netzdiensten) sind die Reformen jedoch nicht abgeschlossen, und ihre Auswirkungen auf die erwartete Anhebung des Wachstumspfadestehen ebenfalls noch aus. Auch in Relation zu den übrigen Mitgliedstaaten der EU 15 haben sich die Reformfortschritte in Österreich nur in einigen Teilbereichen in einer Positionsverbesserung niedergeschlagen. Gemessen an den **Strukturindikatoren** für 2003 liegt Österreich sehr gut mit niedrigen Werten der Langzeitarbeitslosigkeit und der Energieintensität der Wirtschaft (jeweils auf Rang 2) sowie mit niedriger Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten und hohen Unternehmensinvestitionen (jeweils auf Rang 3). Allerdings hat Österreich seit 1999 nur in wenigen Bereichen gegenüber den anderen EU 15-Ländern aufgeholt, darunter in der Arbeitsproduktivität und in den F&E-Ausgaben. Zurückgefallen ist Österreich hingegen im BIP pro Kopf, in der Beschäftigungsquote Älterer, in den vergleichenden Preisniveaus, in der Armutgefährdung, der Streuung regionaler Beschäftigungsquoten und der Emission von Treibhausgasen. Nur an 12. Stelle der EU 15 lag Österreich 2003 bei der Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger und den Treibhausgasemissionen. Der 11. Platz im Güterverkehrsvolumen lässt sich nur teilweise mit der geografischen Lage Österreichs als Transitland begründen.

In den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2003-2005 wird Österreich von der EU nahe gelegt, angesichts des Alterungsprozesses der Bevölkerung auf die **Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen** besonders zu achten. Da Österreich in der Staatsverschuldung noch über dem EU-Zielwert von 60% des BIP liegt, bleibt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eine wirtschaftspolitische Herausforderung, die nicht nur wegen der schwachen Konjunktur, sondern auch durch die Kosten der Steuerreform noch einige Jahre erhalten bleiben wird. Die von der Regierung angepeilte Senkung der Abgabenquote erfordert diskretionäre Maßnahmen auf der Ausgabenseite, um die in der Lissabon-Strategie geforderte Nachhaltigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen sicherzustellen.

Österreich wird in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik darüber hinaus aufgefordert, seine schwache Technologiebasis zu stärken und vor allem mehr Anreize für die Forschungstätigkeit

---

5) Als er seine vorläufigen Schlussfolgerungen zu den Artikel-IV-Konsultationen des Jahres 2004 mit den Worten einleitete: "Since the turn of the decade, a strategic policy shift has made Austria a showcase of reforms and placed it at the forefront of the European Union." Die Strukturreformen der letzten Jahre "have placed Austria among the top three EU countries in terms of implementing the Lisbon Agenda."

in den Unternehmen zu geben. Schließlich wird für einige Sektoren eine zu geringe Wettbewerbsintensität bemängelt. Daraus folgt ein **Nachholbedarf** bei der Reform der österreichischen Arbeits-, Güter- und Finanzmärkte, der umgehend gedeckt werden muss, will Österreich bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie mit den gemeinsam beschlossenen Vorgaben Schritt halten. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss identifiziert die folgenden wichtigen Reformbereiche (*Economic Policy Committee, 2004*): (i) weitere Erhöhung der Wettbewerbsintensität, insbesondere im Dienstleistungssektor; (ii) zusätzliche Maßnahmen zur Anhebung der privaten Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (derzeit liegt Österreich nur im EU 15-Durchschnitt und weit unter dem Barcelona-Ziel von 3% des BIP); (iii) Sicherung der erwarteten positiven Auswirkungen der Pensionsreform auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen; und (iv) Ausweitung der Ressourcen der Bundeswettbewerbsbehörde, um eine effektive Einhaltung der Wettbewerbsregeln sicherzustellen. Darüber hinaus ist immer wieder betont worden, Österreich müsse die Beschäftigungsquote vor allem bei älteren Arbeitnehmern anheben. Auch die vorliegende Studie hebt hervor, dass in Österreich sowohl bei den Wachstumsfaktoren Bildung und Forschung als auch in der Wettbewerbsintensität ein gewisser Nachholbedarf besteht.

Um den Ansprüchen der Lissabon-Strategie gerecht zu werden, bedarf es weiterer Reformschritte. Auf der Tagesordnung der Regierung stehen bereits die Harmonisierung der Pensionssysteme und Effizienzverbesserungen im Gesundheitssystem, offen erscheinen Maßnahmen, die die Wettbewerbsintensität im Dienstleistungssektor und die Kapazitäten der Wettbewerbskontrolle erhöhen. Wie die Wachstumssimulationen zeigten, bedarf es für eine nachhaltige Wachstumssteigerung eines Bündels von Maßnahmen, vor allem im Bildungs-, Forschungs- und Regulierungsbereich. Um den Nachholbedarf insgesamt auszugleichen und damit die guten Ansätze für eine Anhebung des langfristigen Wachstumspfadens wirksam werden zu lassen, bedarf es einer konsistenten Politik. Viele der bisherigen Maßnahmen sind auf Grund des Drucks aus der EU nacheinander zustande gekommen, ohne eine übergreifende **Gesamtstrategie** erkennen zu lassen.



## 5. Literaturhinweise

- Aiginger, K. et al., Innovation and Productivity in European Manufacturing, Background Paper for the Report on Competitiveness of European Manufacturing, EU DG Enterprise, 2001.
- Aiginger, K., "The Three Tier Strategy Followed by Successful European Countries in the 1990s", International Review of Applied Economics, 2004, 18(4), S. 399-422.
- Aiginger, K., Böheim, M., Falk, M., Marterbauer, M., Peneder, M., Raising Economic Growth in Austria, Austrian Institute of Economic Research, study commissioned by the Federal Ministry of Economic Affairs and Labour, Vienna, 2004.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., Walterskirchen, E., "Wirtschaft schöpft ihr Potential mittelfristig zunehmend aus: Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2008", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(2), S. 109-118.
- BMWA, Österreichs Außenwirtschaft Jahrbuch 2003/04, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2004.
- Böheim, M., "Wettbewerbspolitik unter neuen Rahmenbedingungen. Zwischenbilanz und Ausblick", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(7), S. 515-528.
- Economic Policy Committee, Annual Report on Structural Reforms 2004, EPC/ECFIN/39/04 final, Brüssel, Februar 2004.
- E-Control, Liberalisierungsbericht, Wien, 2003.
- Europäische Kommission, Bericht über den Wettbewerb bei freiberuflichen Dienstleistungen, KOM(2004), 83, endg.
- Kratena, K., Makroökonomische Evaluierung der Liberalisierung im österreichischen Energiemarkt, WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2004.
- OECD (2003A), The Sources of Economic Growth in OECD Countries, Organization for Economic Cooperation and Development, Paris, 2003.
- OECD (2003B), Economic Survey Austria, Paris, 2003.
- Paterson, I., Fink, M., Ogus, A., Economic impact of regulation in the field of liberal professions in different EU Member States, Studie des Instituts für höhere Studien im Auftrag der Europäischen Kommission, GD Wettbewerb, Wien, 2003.
- Walterskirchen, E., „Die Position Österreichs im internationalen Strukturwettbewerb. Die neuen EU-Strukturindikatoren“, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 2004, (86), Wien.



## Anhang

Übersicht A1: BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS)  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2003	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Luxemburg	=	1	1	1	1	1	1	1
Irland	↑	4	3	2	2	2	2	2
Dänemark	↓	2	2	3	3	3	3	3
<b>Österreich</b>	↓	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>5</b>
Niederlande	=	5	5	4	4	5	6	6
Großbritannien	↑	10	9	8	6	6	5	4
Belgien	=	7	7	6	7	7	7	7
Schweden	↓	6	6	7	9	8	8	8
Frankreich	↓	8	9	9	8	9	9	9
Finnland	↑	12	8	10	10	10	10	10
Deutschland	↓	9	11	11	11	11	11	11
Italien	↓	11	12	12	12	12	12	12
Spanien	=	13	13	13	13	13	13	13
Griechenland	↑	15	15	15	14	14	14	14
Portugal	↓	14	14	14	15	15	15	15

Q: Eurostat.

Übersicht A2: Arbeitsproduktivität - BIP in KKS je Beschäftigten  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2003	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Luxemburg	=	1	1	1	1	1	1	1
Irland	↑	5	4	3	2	3	3	2
Dänemark	↑	10	9	7	8	7	7	7
<b>Österreich</b>	=	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>9</b>
Niederlande	=	11	10	9	9	11	11	11
Großbritannien	↑	13	13	13	12	10	10	10
Belgien	↓	2	2	2	3	2	2	3
Schweden	↓	7	7	10	10	9	8	8
Frankreich	↓	3	3	4	4	4	4	4
Finnland	=	6	6	6	6	6	6	6
Deutschland	↓	9	11	11	13	13	12	11
Italien	↓	4	5	5	5	5	5	5
Spanien	↑	12	12	12	11	11	13	13
Griechenland	=	14	14	14	14	14	14	14
Portugal	=	15	15	15	15	15	15	15

Q: Eurostat.

Übersicht A3: Beschäftigungsquote insgesamt  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2003	1999	2000	2001	2002	2003
Luxemburg	↓	10	10	10	10	11
Irland	↑	9	9	8	8	8
Dänemark	=	1	1	1	1	1
Österreich	=	5	5	6	5	5
Niederlande	=	2	3	2	2	2
Großbritannien	=	4	4	4	4	4
Belgien	↓	12	12	12	12	13
Schweden	↓	2	2	3	3	3
Frankreich	↑	11	11	11	11	10
Finnland	↑	7	7	7	7	6
Deutschland	↓	8	8	8	9	9
Italien	=	15	15	15	15	15
Spanien	↑	14	13	13	13	12
Griechenland	↓	13	14	14	14	14
Portugal	↓	6	6	5	6	7

Q: Eurostat.

Übersicht A4: Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2003	1999	2000	2001	2002	2003
Luxemburg	=	14	14	14	14	14
Irland	↓	5	5	5	6	6
Dänemark	=	2	2	2	2	2
Österreich	↓	11	12	12	12	12
Niederlande	↑	9	8	7	7	7
Großbritannien	↑	4	3	3	3	3
Belgien	=	15	15	15	15	15
Schweden	=	1	1	1	1	1
Frankreich	↑	12	11	11	11	11
Finnland	↑	7	6	6	5	5
Deutschland	↓	8	9	10	10	10
Italien	=	13	13	13	13	13
Spanien	↑	10	10	8	8	9
Griechenland	↓	6	7	9	8	8
Portugal	↓	3	4	4	4	4

Q: Eurostat.

Übersicht A5: Bildungsstand der Jugendlichen  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2003	1999	2000	2001	2002	2003
Luxemburg	↓	12	8	12	12	13
Irland	↑	4	4	3	4	1
Dänemark	↑	10	12	8	8	9
Österreich	↓	3	3	4	3	4
Niederlande	↑	11	11	11	10	10
Großbritannien	=	8	9	9	9	8
Belgien	↑	7	6	7	7	6
Schweden	=	2	2	2	1	2
Frankreich	↓	5	5	5	5	7
Finnland	↓	1	1	1	2	3
Deutschland	↓	9	10	10	10	10
Italien	↑	13	13	13	13	12
Spanien	=	14	14	14	14	14
Griechenland	↑	6	7	6	6	5
Portugal	=	15	15	15	15	15

Q: Eurostat.

Übersicht A6: Bruttoinlandsausgaben für F&E  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2001	1999	2000	2001	2003
Luxemburg		-	-	-	
Irland	=	10	10	10	
Dänemark	↑	5	4	4	
Österreich	↑	8	8	7	
Niederlande	↓	6	7	8	
Großbritannien	↑	9	8	8	
Belgien	↑	7	6	6	
Schweden	=	1	1	1	
Frankreich	↓	4	5	5	
Finnland	=	2	2	2	
Deutschland	=	3	3	3	
Italien	=	11	11	11	
Spanien	=	12	12	12	
Griechenland	=	14	-	14	
Portugal	=	13	-	13	

Q: Eurostat. - Schweden 2000 und 2001: Wert von 1999.

Übersicht A7: Vergleichende Preisniveaus  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2002	1999	2000	2001	2002
Luxemburg	↓	5	5	7	6
Irland	↓	8	11	12	13
Dänemark	=	15	15	15	15
Österreich	↓	6	6	5	8
Niederlande	↓	7	7	8	9
Großbritannien	↑	12	12	11	11
Belgien	↑	10	9	6	5
Schweden	↑	14	14	13	12
Frankreich	↑	11	10	9	6
Finnland	↓	13	13	14	14
Deutschland	↓	9	8	10	10
Italien	=	4	4	4	4
Spanien	↓	2	3	3	3
Griechenland	↑	3	2	2	2
Portugal	=	1	1	1	1

Q: Eurostat.

Übersicht A8: Unternehmensinvestitionen  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2003	1999	2000	2001	2002	2003
Luxemburg	↓	7	12	7	9	12
Irland	=	4	4	6	8	4
Dänemark	↑	10	9	9	5	6
Österreich	↓	2	2	3	3	3
Niederlande	↓	6	8	9	9	8
Großbritannien	=	14	14	14	14	14
Belgien	↑	9	7	5	6	7
Schweden	=	15	15	15	15	15
Frankreich	↑	13	12	13	12	11
Finnland	↓	11	11	11	13	13
Deutschland	↓	5	5	7	11	10
Italien	↑	12	10	12	7	9
Spanien	↑	3	3	2	1	1
Griechenland	↑	8	6	4	4	2
Portugal	↓	1	1	1	2	5

Q: Eurostat.

Übersicht A9: Armutsgefährdungsquote  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2001	1999	2000	2001
Luxemburg	↑	7	6	6
Irland	↓	11	13	15
Dänemark	=	2	3	2
Österreich	=	6	6	6
Niederlande	↓	2	1	3
Großbritannien	↑	11	12	10
Belgien	↓	7	8	8
Schweden	=	1	3	1
Frankreich	=	9	9	9
Finnland	↓	2	3	3
Deutschland	↓	2	1	3
Italien	↓	10	10	11
Spanien	=	11	10	11
Griechenland	↑	14	13	13
Portugal	↑	14	15	13

Q: Eurostat.

Übersicht A10: Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2002	1999	2000	2001	2002
Luxemburg		–	–	–	–
Irland		–	–	–	–
Dänemark		–	–	–	–
Österreich	↓	1	2	2	3
Niederlande	=	1	1	1	1
Großbritannien	↓	7	8	8	8
Belgien	↑	10	9	9	9
Schweden	↓	4	4	4	5
Frankreich	=	7	7	7	7
Finnland	↓	9	10	10	10
Deutschland	=	6	6	6	6
Italien	=	12	12	12	12
Spanien	=	11	11	11	11
Griechenland	↑	5	5	5	4
Portugal	↑	3	3	3	2

Q: Eurostat.

Übersicht A11: Langzeitarbeitslose Bevölkerung (12 Monate und mehr)  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2003	1999	2000	2001	2002	2003
Luxemburg	=	1	1	1	2	1
Irland	↑	8	7	6	7	7
Dänemark	↓	2	3	3	3	4
Österreich	↓	3	3	4	3	4
Niederlande	↑	3	2	2	1	2
Großbritannien	↑	5	6	7	6	4
Belgien	↑	12	11	11	11	11
Schweden	↑	7	5	5	5	2
Frankreich	=	10	10	10	10	10
Finnland	=	9	9	9	9	9
Deutschland	↓	11	12	12	13	13
Italien	↑	15	15	15	15	14
Spanien	↑	13	13	13	12	12
Griechenland	↓	14	14	14	14	15
Portugal	↓	6	8	8	8	8

Q: Eurostat.

Übersicht A12: Gesamtemissionen von Treibhausgasen  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2001	1999	2000	2001
Luxemburg	=	1	1	1
Irland	=	13	13	13
Dänemark	↑	8	6	5
Österreich	↓	9	9	11
Niederlande	=	7	8	7
Großbritannien	=	3	3	3
Belgien	↑	11	10	9
Schweden	=	4	4	4
Frankreich	=	5	7	5
Finnland	↓	6	5	7
Deutschland	=	2	2	2
Italien	=	10	11	10
Spanien	=	14	15	14
Griechenland	=	12	12	12
Portugal	=	15	14	15

Q: Eurostat, Europäische Umweltagentur, Europäisches Themenzentrum für Luft- und Klimaänderung.

Übersicht A13: Energieintensität der Wirtschaft  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2001	1999	2000	2001
Luxemburg	↓	6	5	7
Irland	↑	4	4	3
Dänemark	=	1	1	1
Österreich	=	2	2	2
Niederlande	=	8	8	8
Großbritannien	↑	10	11	9
Belgien	↑	12	12	11
Schweden	↓	11	9	12
Frankreich	↓	5	6	6
Finnland	=	15	14	15
Deutschland	↓	3	3	4
Italien	↑	7	7	5
Spanien	↓	9	10	10
Griechenland	=	14	15	14
Portugal	=	13	13	13

Q: Eurostat.

Übersicht A14: Verkehr - Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP  
Rang innerhalb EU15

	1999- 2002	1999	2000	2001	2002
Luxemburg	↓	2	4	10	10
Irland	=	14	14	13	14
Dänemark	↑	4	3	1	1
Österreich	=	11	11	11	11
Niederlande	↑	10	6	5	6
Großbritannien	↑	5	1	2	2
Belgien	↓	1	5	7	7
Schweden	=	3	2	3	3
Frankreich	↑	8	8	6	5
Finnland	↑	6	7	4	4
Deutschland	↑	9	10	9	8
Italien	↓	7	9	8	9
Spanien	↓	12	13	12	15
Griechenland	↑	15	15	15	13
Portugal	↑	13	12	14	12

Q: Eurostat.

### Abbildung A1: Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund

Abbildung A1.1: BIP/Kopf in KKS  
EU15 = 100

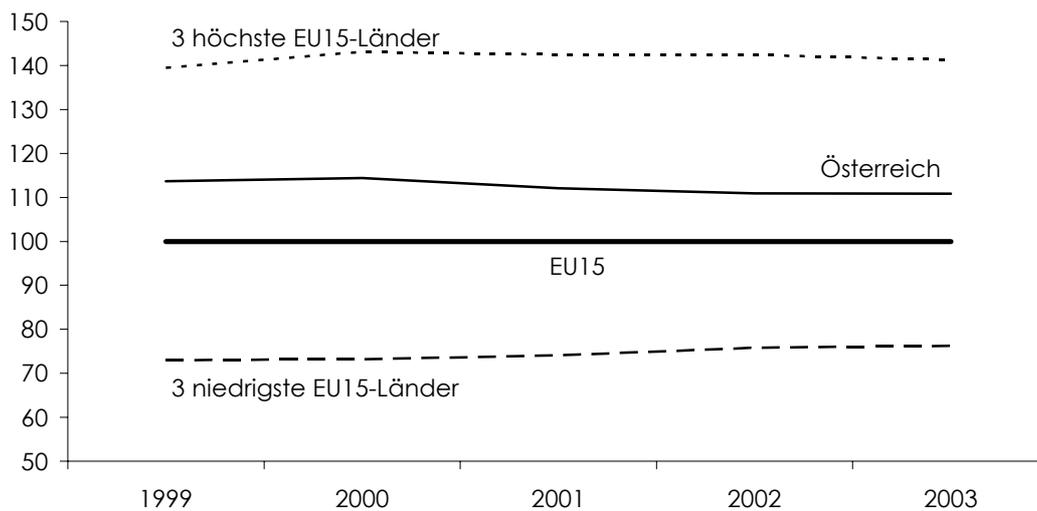
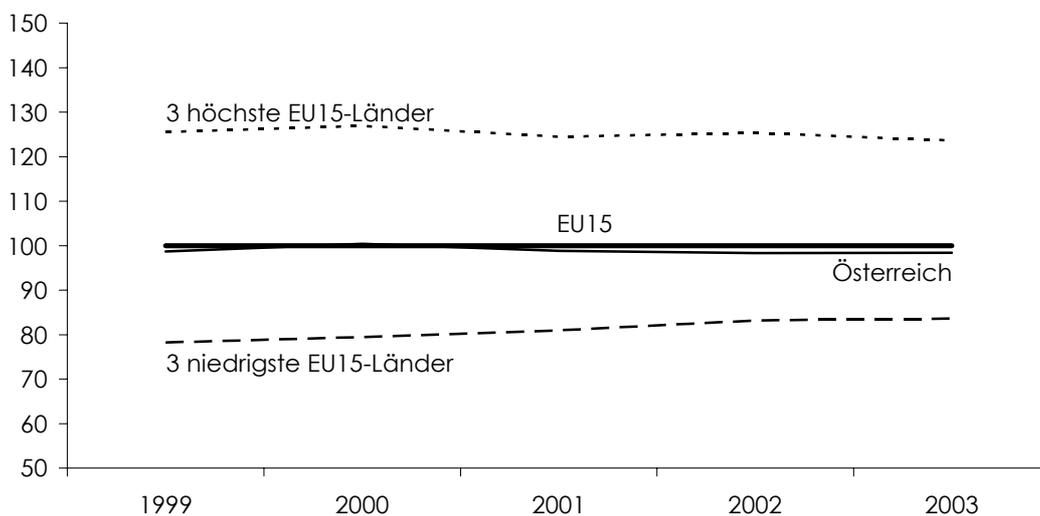


Abbildung A1.2: BIP/Erwerbstätigen in KKS  
EU15 = 100



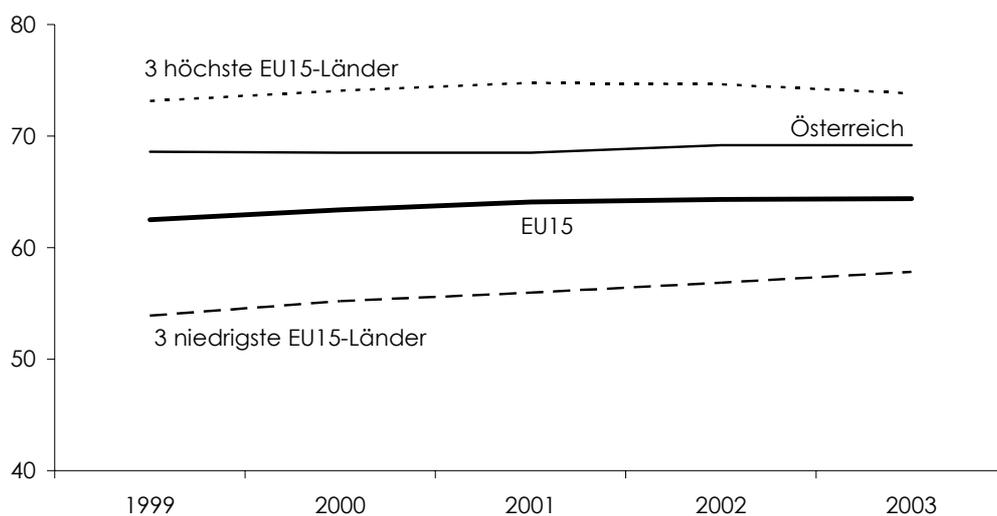
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

3 höchste (niedrigste) Länder ... in jedem einzelnen Jahr jene 3 Länder mit den jeweils höchsten (niedrigsten) Werten.

## Abbildung A2: Beschäftigung

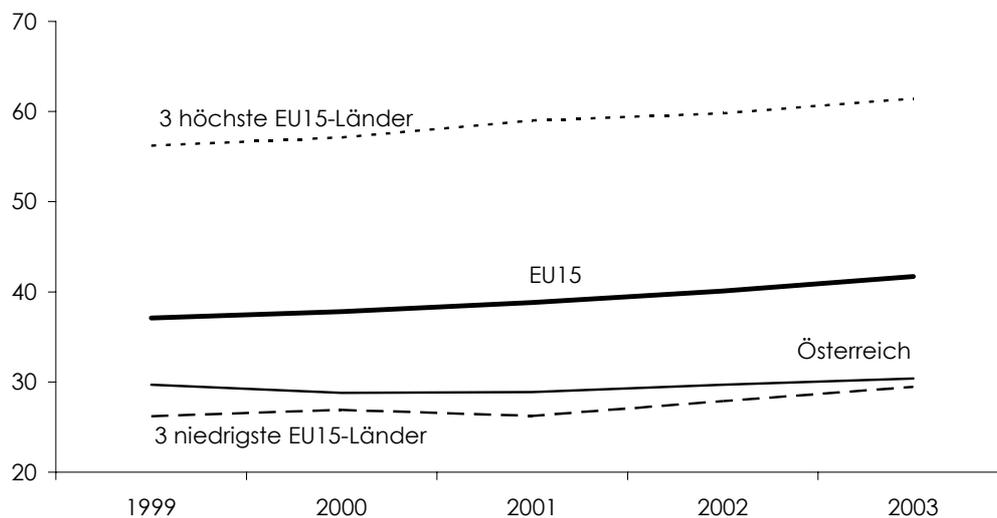
### Abbildung A2.1: Beschäftigungsquote

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15-64 Jahren an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe



### Abbildung A2.2: Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 55-64 Jahren an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

3 höchste (niedrigste) Länder ... in jedem einzelnen Jahr jene 3 Länder mit den jeweils höchsten (niedrigsten) Werten.

### Abbildung A3: Innovation und Forschung

Abbildung A3.1: Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen (20-24 Jahre) Sekundarstufe II; Anteil in %

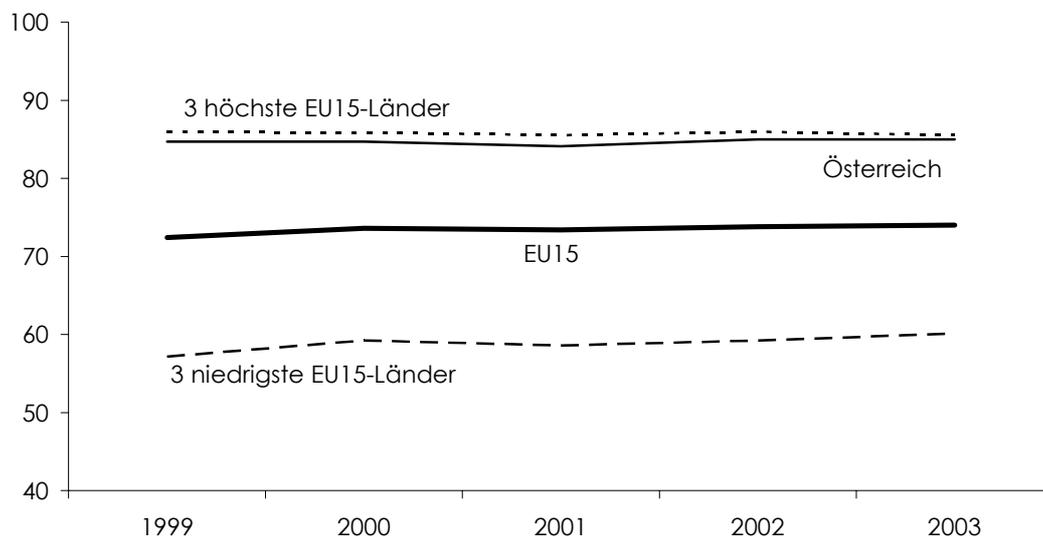
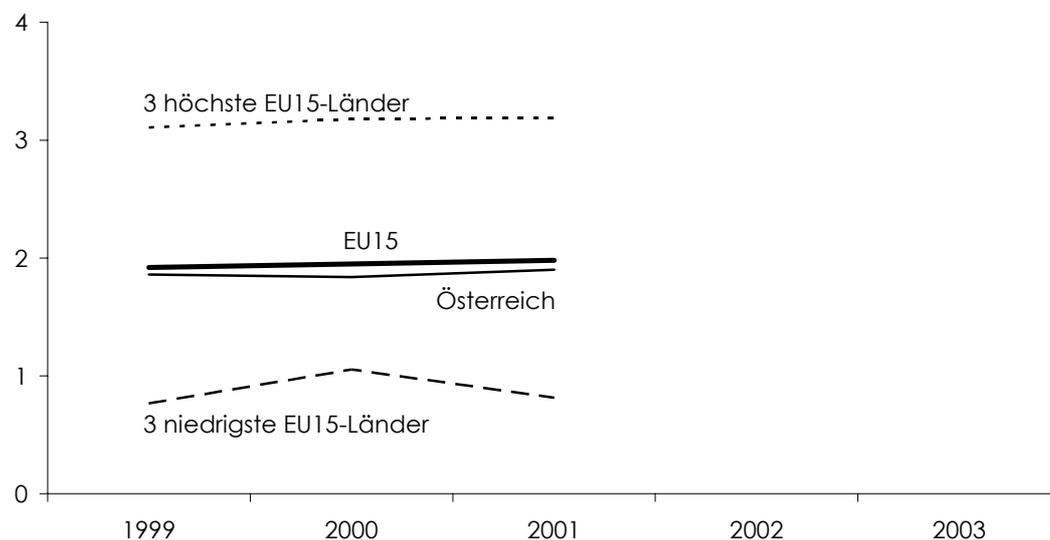


Abbildung A3.2: Ausgaben für Forschung und Entwicklung In % des BIP



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

3 höchste (niedrigste) Länder ... in jedem einzelnen Jahr jene 3 Länder mit den jeweils höchsten (niedrigsten) Werten.

### Abbildung A4: Wirtschaftsreform

Abbildung A4.1: Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte

EU15 = 100

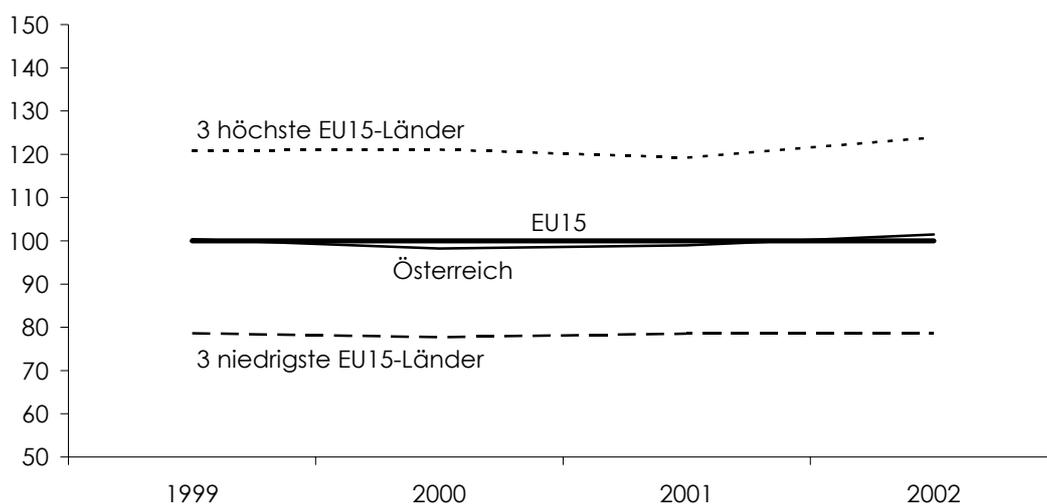
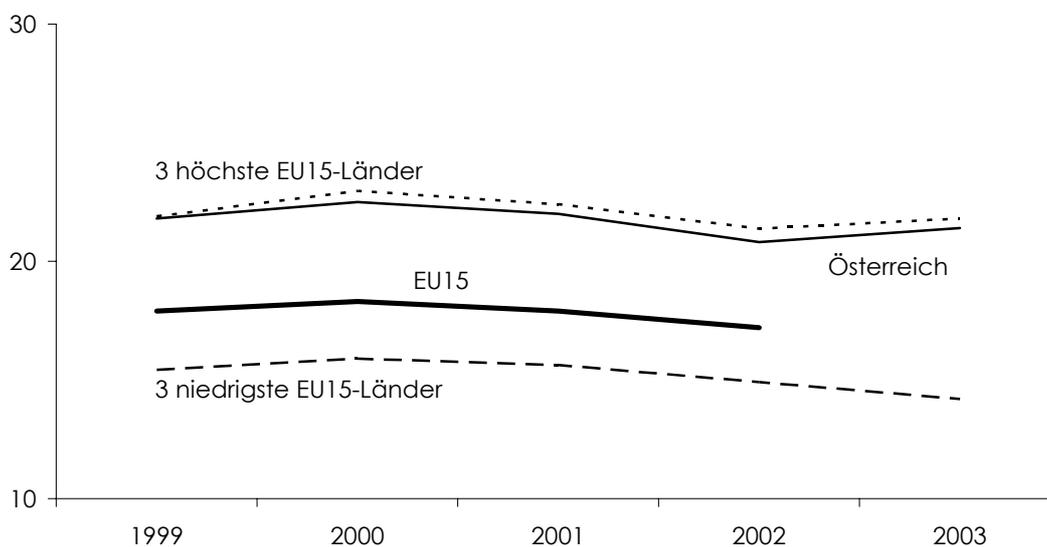


Abbildung A4.2: Unternehmensinvestitionen

Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors in % des BIP



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

3 höchste (niedrigste) Länder ... in jedem einzelnen Jahr jene 3 Länder mit den jeweils höchsten (niedrigsten) Werten.

Abbildung A5: Sozialer Zusammenhalt

Abbildung A5.1: Armutsgefährdungsquote (nach sozialen Transfers)  
 Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist.

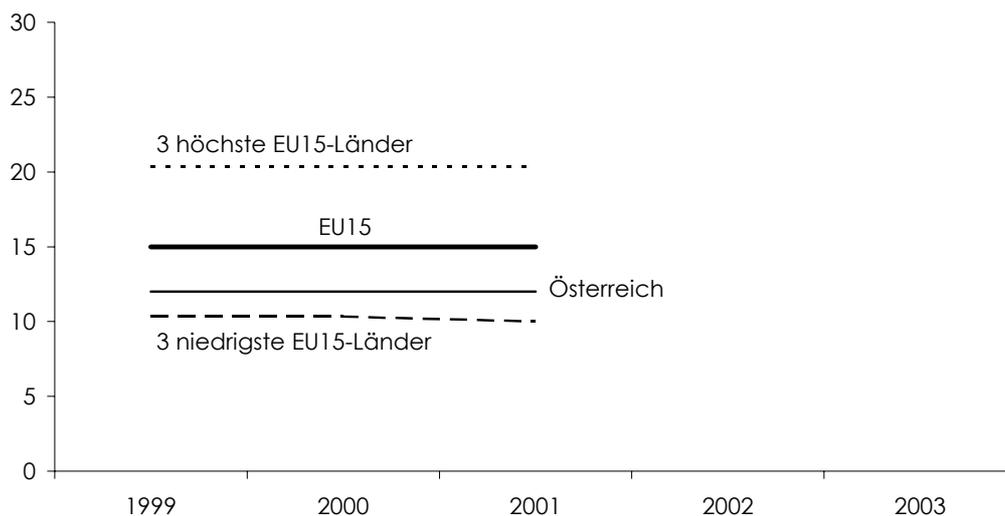
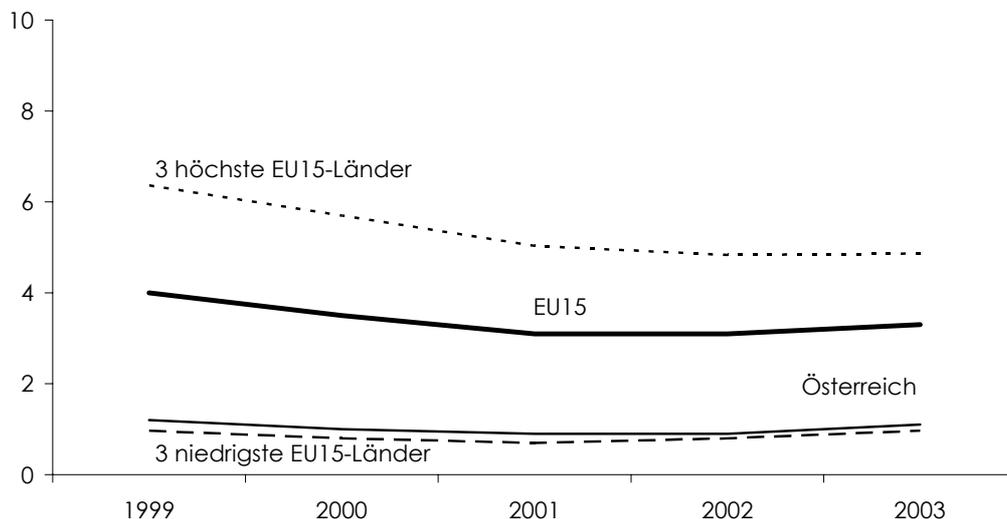


Abbildung A5.2: Langzeitarbeitslosenquote  
 Langzeitarbeitslose (12 Monate und mehr) in % der Erwerbspersonen



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

3 höchste (niedrigste) Länder ... in jedem einzelnen Jahr jene 3 Länder mit den jeweils höchsten (niedrigsten) Werten.

Abbildung A6: Umwelt

Abbildung A6.1: Emissionen von Treibhausgasen  
1990 = 100

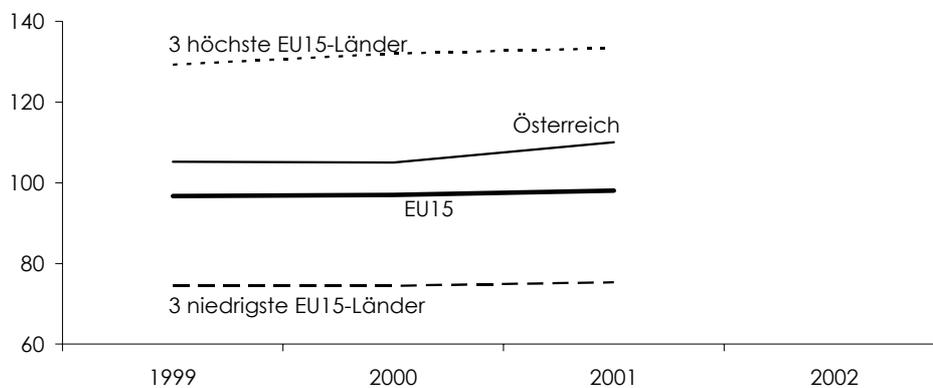


Abbildung A6.2: Energieintensität

Bruttoinlandsverbrauch an Energie je BIP zu Preisen 1995;  
kg ROE (kg Rohöleinheiten) pro 1.000 Euro

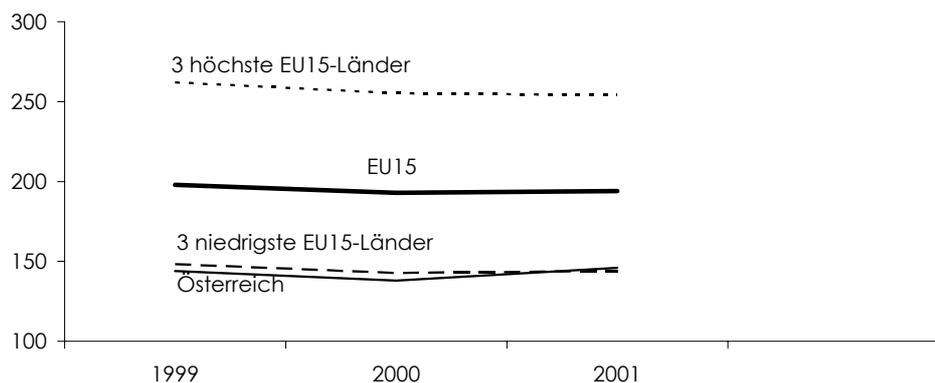
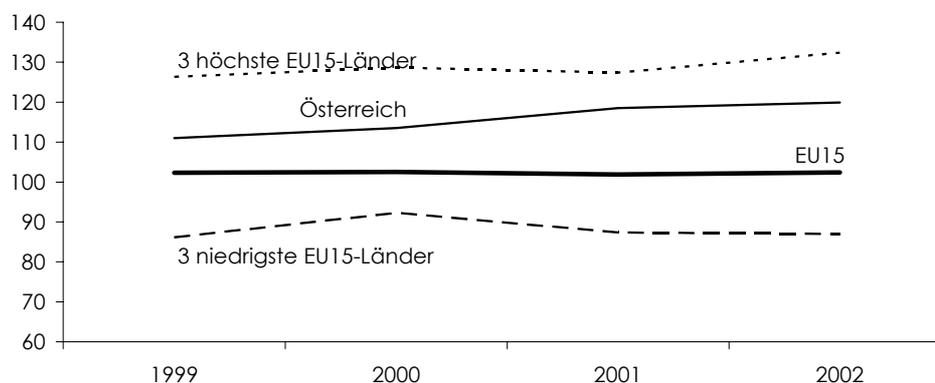


Abbildung A6.3: Güterverkehrsvolumen

Inländisches Güterverkehrsvolumen je BIP zu Preisen 1995; 1995 = 100



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

3 höchste (niedrigste) Länder ... in jedem einzelnen Jahr jene 3 Länder mit den jeweils höchsten (niedrigsten) Werten.

© 2004 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,  
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •  
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 30,00 €, Download 24,00 €:

[http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25330](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25330)